

Auf einen Blick

- Die Arbeitskosten pro Stunde haben sich in der Privatwirtschaft in Deutschland im Jahr 2014 um 1,8 % erhöht. Mit durchschnittlich 31,9 Euro befindet sich die deutsche Wirtschaft weiterhin im unteren Bereich der Gruppe der EU-Hochlohnländer. In den Krisenländern stagnierten im Jahr 2014 die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft oder sanken erneut.
- Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten sind in Deutschland im vergangenen Jahr mit 1,9 % etwas stärker gestiegen als im Euro-Raum-Durchschnitt. Durch die Berücksichtigung der Produktivitätsfortschritte sind sie – und nicht die Arbeitskosten – zur Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft eher geeignet.
- Seit Beginn der Europäischen Währungsunion sind die Lohnstückkosten in Deutschland deutlich schwächer gestiegen als in allen anderen Mitgliedsstaaten des Euroraums und schwächer, als mit dem Inflationsziel der EZB vereinbar. Es besteht weiterhin ein deutlicher preislicher Wettbewerbsvorteil Deutschlands.
- Zum Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten innerhalb des Euroraums und zur Stärkung der konjunkturellen Entwicklung bedarf es einer anderen Wirtschaftspolitik in Deutschland mit einer expansiven Fiskalpolitik und dauerhaft höheren Lohnsteigerungen.

Nur moderater Anstieg der Arbeitskosten in Deutschland

Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung 2014 und 1. Halbjahr 2015 im europäischen Vergleich

Alexander Herzog-Stein, Heike Joebges¹,
Torsten Niechoj², Ulrike Stein, Rudolf Zwiener



Videostatement:

Ulrike Stein zu den Arbeits- und Lohnstückkosten

<https://youtu.be/BrASH2Qdg5E>



Inhaltsverzeichnis

Die Entwicklung der Arbeitskosten in der EU	2
Die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft	2
Die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor	6
Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe	7
Die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor	8
Lohnstückkosten und Exportpreise als Indikatoren preislicher Wettbewerbsfähigkeit	10
Anstieg der Lohnstückkosten zuletzt unter Zielinflationsrate	11
Lohnstückkosten versus Exportpreise	14
Wettbewerbsfähigkeit und Außenhandel	15
Deutsche Lohnentwicklung und Leistungsbilanzungleichgewichte	16
Methodischer Anhang	21
Literatur	26

¹ Hochschule Technik und Wirtschaft, Berlin.

² Hochschule Rhein-Waal, Kamp-Lintfort.

Die Entwicklung der Arbeitskosten in der EU

Seit 2006 vergleicht das IMK regelmäßig die Entwicklung der deutschen Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in Deutschland mit denen in anderen europäischen Ländern (erstmalig Dütthmann et al. 2006, zuletzt Herzog-Stein et al. 2014).

Die Grundlage der Berechnungen der Arbeitskosten je Stunde basieren auf den öffentlich zugänglichen Daten der Eurostat Online Datenbank. Bei diesen Daten handelt es sich um offizielle Angaben, die von den jeweiligen nationalen Statistikämtern nach einheitlichen internationalen Standards erhoben und an Eurostat übermittelt werden.

Ausgangspunkt für die Berechnung des Niveaus der Arbeitskosten je Arbeitsstunde bildet die Arbeitskostenerhebung (AKE). Diese Befragung wird alle vier Jahre in Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern durchgeführt. Es werden detaillierte Angaben über Struktur und Niveau der Arbeitskosten ermittelt. Um der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors Rechnung zu tragen, ging mit der AKE im Jahr 2008 die Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 2) einher. Einen Überblick über die zugrunde liegenden Definitionen sowie die Abgrenzungen und Fortschreibungsverfahren findet sich im methodischen Anhang in diesem Report. Die letzte AKE fand im Jahr 2012 statt. Diese dient als Ausgangspunkt zur Berechnung der Arbeitskostenniveaus. Zur Ermittlung der Arbeitskosten je Stunde in den Jahren zwischen den einzelnen AKEs wird auf den vierteljährlichen Arbeitskostenindex (AKI) zurückgegriffen. Damit können die Niveaus – gemessen in Landeswährung – ermittelt und fortgeschrieben werden. Der AKI ist keine Erhebung, sondern wird auf der Grundlage verschiedener vorhandener Datenquellen berechnet.³

Seit dem 1. Juli 2013, mit der Aufnahme Kroatiens als Mitgliedsland, besteht die EU aus 28 Mitgliedsstaaten. 19 Länder davon haben inzwischen den Euro als nationale Währung. Lettland hat ihn 2014 und Litauen 2015 eingeführt. Für unsere Analyse der Arbeitskosten je Stunde im Jahr 2014 um-

³ Wie viele Statistiken sind auch die AKE und der AKI von regelmäßigen Datenrevisionen betroffen. Meistens ändern sich dadurch die grundlegenden Entwicklungen nicht. Im Fall des Vereinigten Königreichs (UK) führte die letzte Revision jedoch zu einem signifikanten Sprung in den Arbeitskosten je Stunde in einer Größenordnung von über 2 Euro. Laut Aussage von Eurostat wurde die Revision aufgrund eines methodischen Problems bei der Zusammenrechnung der tatsächlich gearbeiteten Stunden notwendig. Als Konsequenz wurden die Anzahl der Stunden deutlich nach unten und folglich die Arbeitskosten je Stunde deutlich nach oben revidiert.

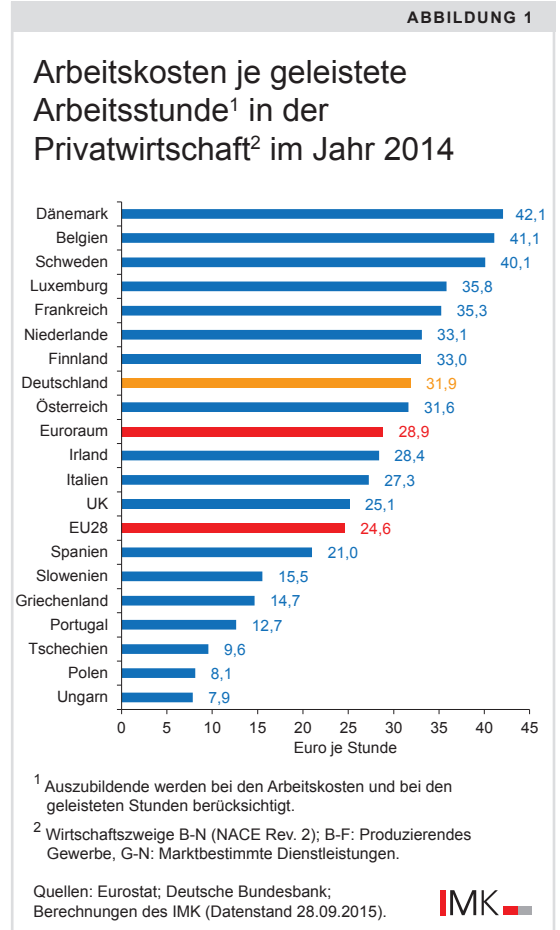
fasst der Euroraum somit noch 18 Mitgliedsstaaten. Um die Arbeitskosten aus Nicht-Euroraumländern mit den Euroländern vergleichen zu können, wird der AKI wechselkursbereinigt. Es zeigt sich, dass für manche Länder außerhalb des Euroraums die Arbeitskosten je Stunde in Euro gemessen deutlich von den Wechselkursschwankungen beeinflusst sind.

Im Folgenden werden zunächst die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft, im privaten Dienstleistungssektor, dem Verarbeitenden Gewerbe und dem öffentlichen Dienstleistungssektor dargestellt. Anschließend werden die Lohnstückkosten – also die Arbeitskosten bereinigt um die Arbeitsproduktivität – im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und ihr Einfluss auf die Exportpreise analysiert und der Zusammenhang von Arbeitskostenentwicklung und Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum untersucht.

Die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft

Wie in den Vorjahren nimmt die deutsche Volkswirtschaft bei den Arbeitskosten in der Privatwirtschaft – bestehend aus dem Produzierenden Gewerbe und dem privaten Dienstleistungssektor – im Ranking der 28 betrachteten europäischen Volkswirtschaften 2014 den achten Platz ein, knapp vor

ABBILDUNG 1



Österreich und hinter Finnland. Die Arbeitskosten pro Stunde lagen 2014 in Deutschland bei 31,9 Euro (Abbildung 1).

Damit befindet sich die deutsche Privatwirtschaft weiterhin im unteren Bereich der Gruppe der EU-Hochlohnländer. Das sind die neun Volkswirtschaften, deren Arbeitskosten oberhalb der durchschnittlichen Arbeitskosten im Euroraum (28,9 Euro) liegen. Jedoch sind innerhalb dieser Gruppe die Unterschiede in der Höhe der Arbeits-

kosten teilweise durchaus erheblich. Die höchsten Arbeitskosten wies erneut Dänemark mit 42,1 Euro pro Arbeitsstunde auf, gefolgt von Belgien (41,1 Euro) und Schweden (40,1 Euro). Die niedrigsten Arbeitskosten innerhalb der Gruppe der EU-Hochlohnländer hatte wiederum Österreich; dort waren die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft mit 31,6 Euro pro Arbeitsstunde geringfügig niedriger als in Deutschland.

TABELLE 1

Arbeitskosten je Stunde in Euro nach Wirtschaftszweigen im Jahr 2014

	Privatwirtschaft ¹				Privater Dienstleistungssektor ²				Verarbeitendes Gewerbe ³			
	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LCU ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LCU ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LCU ⁴
Dänemark	42,1	1	1,4	1,4	42,7	1	1,4	1,4	41,6	2	1,6	1,6
Belgien	41,1	2	0,9	0,9	40,6	2	0,8	0,8	43,2	1	1,1	1,1
Schweden	40,1	3	-2,3	2,7	39,6	3	-2,4	2,7	41,2	3	-2,4	2,7
Luxemburg	35,8	4	3,0	3,0	38,8	4	3,5	3,5	31,4	9	1,7	1,7
Frankreich	35,3	5	1,0	1,0	35,2	5	1,0	1,0	36,4	5	1,3	1,3
Niederlande	33,1	6	2,2	2,2	32,3	6	2,0	2,0	34,6	7	3,3	3,3
Finnland	33,0	7	1,7	1,7	31,4	7	1,5	1,5	36,0	6	1,8	1,8
Deutschland	31,9	8	1,8	1,8	29,1	9	1,7	1,7	37,0	4	2,5	2,5
Österreich	31,6	9	3,0	3,0	30,2	8	2,7	2,7	34,4	8	2,9	2,9
Irland	28,4	10	0,5	0,5	27,2	10	0,0	0,0	30,9	10	2,1	2,1
Italien	27,3	11	0,4	0,4	27,1	11	0,1	0,1	27,4	11	0,6	0,6
UK	25,1	12	7,1	1,7	25,1	12	7,1	1,6	24,8	12	7,7	2,3
Spanien	21,0	13	0,1	0,1	20,2	13	0,1	0,1	22,8	13	0,6	0,6
Zypern	15,8	14	-2,0	-2,0	16,3	14	-2,1	-2,1	12,9	16	-1,0	-1,0
Slowenien	15,5	15	2,4	2,4	16,1	15	1,8	1,8	15,3	14	3,8	3,8
Griechenland	14,7	16	-0,7	-0,7	14,5	16	-1,3	-1,3	15,1	15	1,7	1,7
Portugal	12,7	17	-1,0	-1,0	14,0	17	-0,2	-0,2	10,6	17	-1,2	-1,2
Malta	12,0	18	1,7	1,7	12,4	18	1,7	1,7	NV	NV	0,2	0,2
Estland	10,2	19	6,0	6,0	10,3	19	6,2	6,2	9,4	19	5,7	5,7
Slowakei	10,0	20	5,1	5,1	10,2	20	6,6	6,6	9,8	18	4,4	4,4
Tschechien	9,6	21	-3,7	2,1	9,7	22	-4,3	1,3	9,4	20	-2,6	3,2
Kroatien	9,3	22	-1,2	-0,5	10,0	21	-1,1	-0,3	8,1	21	-1,0	-0,3
Polen	8,1	23	3,8	3,5	8,1	23	3,7	3,3	7,3	23	4,9	4,6
Ungarn	7,9	24	-0,5	3,5	8,1	24	-0,1	3,9	7,4	22	-0,5	3,4
Lettland	7,0	25	5,7	5,9	7,3	25	5,5	5,7	6,1	24	5,3	5,6
Litauen	6,6	26	4,6	4,5	6,7	26	4,7	4,7	6,1	25	4,2	4,2
Rumänien	4,8	27	6,2	6,8	5,1	27	7,0	7,6	4,2	26	6,5	7,1
Bulgarien	3,8	28	6,2	6,2	4,0	28	6,6	6,6	3,1	27	6,7	6,7
Euroraum	28,9		1,3	1,3	27,9		1,2	1,2	31,0		1,9	1,9
EU28	24,6		1,5	1,5	24,6		1,4	1,4	25,1		2,1	2,1

Anmerkung: Die Berechnung der Arbeitskosten erfolgt auf Grundlage der AKE 2012. NV=Datensätze sind nicht verfügbar.

¹ Wirtschaftszweige B-N; B-F: Produzierendes Gewerbe, G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

² Wirtschaftszweige G-N; G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H: Verkehr und Lagerei; I: Gastgewerbe; J: Information und Kommunikation; K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L: Grundstücks- und Wohnungswesen; M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

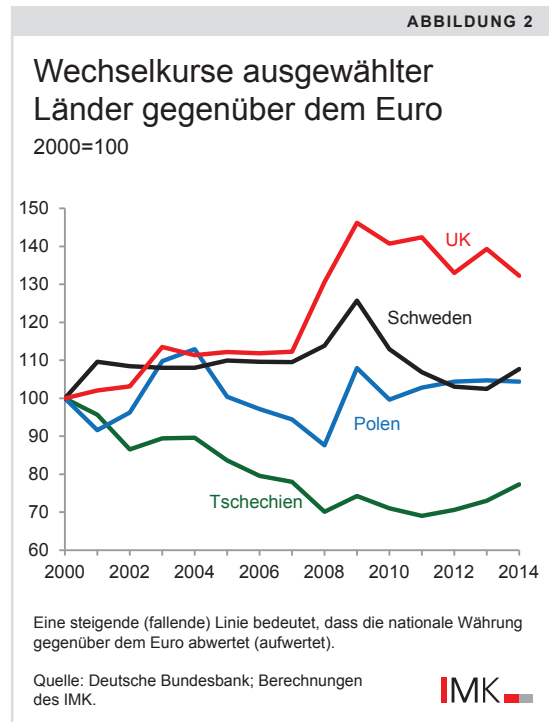
³ Wirtschaftszweig C: Verarbeitendes Gewerbe.

⁴ Veränderungsrate in Prozent im Vergleich zum Vorjahr in Euro bzw. in Landeswährung.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK (Datenstand 28.09.2015).

Neunzehn Volkswirtschaften verzeichneten 2014 Arbeitskosten in der Privatwirtschaft, die unterhalb des Euroraum-Durchschnitts lagen. Dabei ist diese Ländergruppe wesentlich heterogener als die Gruppe der Hochlohnländer. Sie wird von Irland (28,4 Euro) und Italien (27,3 Euro) angeführt, deren Arbeitskosten leicht unterhalb des Euroraum-Durchschnitts aber deutlich über dem EU-Durchschnitt 2014 von 24,6 Euro lagen. Hinzu kommt das Vereinigte Königreich, dessen Arbeitskosten mit 25,1 Euro pro Arbeitsstunde im Jahr 2014 ebenfalls über dem EU-Durchschnitt lagen. Dies ist vor allem auf die oben erwähnte Revision bei der Ermittlung der Höhe der britischen Arbeitskosten zurückzuführen (siehe Fußnote 3). Hinzu kommt, dass in Euro gemessen die Arbeitskosten des Vereinigten Königreichs aufgrund von Wechselkursschwankungen eine größere Volatilität aufweisen als die Arbeitskosten in Volkswirtschaften, die Mitglieder des Euroraums sind. Sechzehn Volkswirtschaften wiesen Arbeitskosten in der Privatwirtschaft auf, die unter dem EU-Durchschnitt lagen (Tabelle 1). Die Arbeitskosten pro Arbeitsstunde reichten dabei von 21,0 Euro in Spanien bis zu lediglich 3,8 Euro in Bulgarien. Insgesamt acht Volkswirtschaften hatten 2014 Arbeitskosten, die weniger als 10 Euro pro Arbeitsstunde betragen.

Im Jahr 2014 nahmen die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft im EU-Durchschnitt um 1,5 %, im Euroraum-Durchschnitt um 1,3 % zu. Damit war die durchschnittliche Entwicklung ähnlich schwach wie im Vorjahr, als die Arbeitskosten um 1,2 % bzw. 1,1 % gestiegen waren. Die deutschen Arbeitskosten verzeichneten mit 1,8 % eine leicht überdurchschnittliche Zuwachsrate. In Frankreich und Italien legten die Arbeitskosten mit Zuwachsraten von 1,0 % bzw. 0,4 % nur unterdurchschnittlich zu. Den höchsten Anstieg verzeichnete 2014 – gemessen in Euro – das Vereinigte Königreich mit einer Veränderungsrate von 7,1 %, die zum weit überwiegenden Teil auf die Aufwertung des britischen Pfunds gegenüber dem Euro zurückzuführen ist (Abbildung 2). In Landeswährung gerechnet betrug der Anstieg lediglich 1,7 %. Hohe Zuwächse verzeichneten darüber hinaus die Länder Estland, Rumänien und Bulgarien mit Veränderungsrate von rund 6 % und die Slowakei mit 5,1 %, die alle vier im unteren Drittel des Rankings angesiedelt sind. In der Gruppe der EU-Hochlohnländer verzeichneten Österreich und Luxemburg mit Veränderungsrate von 3,0 % die stärksten Zuwächse. In Schweden gingen wechselkursbedingt die Arbeitskosten je Stunde in Euro gerechnet 2014 um 2,3 % zurück, in Landeswährung gerechnet betrug der Anstieg dagegen 2,7 %.



In den Krisenländern innerhalb des Euroraums stagnierten im Jahr 2014 die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft oder sanken erneut. Die stärksten Rückgänge waren dabei in Zypern (-2,0 %), gefolgt von Portugal (-1,0 %) zu beobachten. In Griechenland waren die Arbeitskosten ebenfalls erneut rückläufig (-0,7 %). In den drei Volkswirtschaften Spanien, Italien und Irland stagnierten die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft mit Veränderungsrate von 0,1 %, 0,4 % bzw. 0,5 % mehr oder weniger.

Eine längerfristige Betrachtung der Arbeitskostenentwicklung in der Privatwirtschaft in den europäischen Volkswirtschaften veranschaulicht das tatsächliche Ausmaß der in den vergangenen Jahren stattgefundenen Anpassungsprozesse in den Krisenländern (Tabelle 2). So sanken die Arbeitskosten in Griechenland von 2008 bis 2014 im Durchschnitt um 2,0 % pro Jahr. Der Rückgang der Arbeitskosten in Griechenland seit 2008 war so dramatisch, dass die Arbeitskosten in Griechenland in der längerfristigen Betrachtung seit dem Jahr 2000 durchschnittlich um lediglich 1,1 % pro Jahr zunahmen. Griechenland weist damit mittlerweile die mit Abstand geringsten Arbeitskostenzuwächse der hier betrachteten europäischen Volkswirtschaften im langjährigen Vergleich auf.

Ähnlich, aber weniger drastisch, war die Entwicklung in Portugal und Irland. Mit durchschnittlichen Zuwachsraten von -0,1 % beziehungsweise 0,3 % pro Jahr stagnierten die Arbeitskosten faktisch in beiden Volkswirtschaften seit 2008. In der langfristigen Betrachtung seit dem Jahr 2000 ver-

zeichnete Portugal den zweitniedrigsten Arbeitskostenanstieg.

In Spanien haben sich seit dem Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 die Zuwachsraten der Arbeitskosten mehr als halbiert. Nachdem sie bis 2008 noch deutlich überdurchschnittlich zum Euroraum zugelegt hatten, sind sie seitdem leicht unterdurchschnittlich.

Deutlich geringer waren dagegen bislang die zu beobachtenden Anpassungen bei den Arbeitskosten in Italien. Nachdem die Arbeitskosten zwischen den Jahren 2000 und 2008 im Schnitt jährlich um

3,1 % zugenommen haben, liegt die durchschnittliche Zuwachsraten seit 2008 bei 2,4 %.

In der Gruppe der Hochlohnländer sticht insbesondere die Entwicklung Deutschlands heraus. Deutschland hatte im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2008 die geringsten Zuwachsraten aller betrachteten europäischen Volkswirtschaften. Im Durchschnitt stiegen die Arbeitskosten in Deutschland lediglich um 1,8 % pro Jahr. Seit 2008 hat sich die Arbeitskostendynamik leicht um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr beschleunigt und liegt nun knapp über der durchschnittlichen Entwick-

TABELLE 2

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in Landeswährung von 2000 bis 2014 in der Privatwirtschaft¹

	2000-2008		2008-2014		2000-2014	
	Landeswährung	Euro	Landeswährung	Euro	Landeswährung	Euro
Griechenland	3,5		-2,0		1,1	
Portugal	3,1		-0,1		1,7	
Deutschland	1,8		2,1		2,0	
Euroraum	2,9		2,0		2,5	
Frankreich	3,2		1,8		2,6	
Niederlande	3,3		1,9		2,7	
Belgien	2,8		2,6		2,7	
Italien	3,1		2,4		2,8	
Österreich	2,6		3,1		2,8	
EU28	3,5		2,0		2,8	
Zypern	5,1		0,2		2,9	
Dänemark	3,6		2,2		3,0	
Irland	5,2		0,3		3,1	
Schweden	3,4	(1,8)	2,8	(3,8)	3,2	(2,6)
Spanien	4,5		1,6		3,3	
UK	4,8	(1,3)	1,4	(1,2)	3,3	(1,3)
Luxemburg	3,7		3,0		3,4	
Finnland	4,3		2,7		3,6	
Malta	3,6		3,7		3,7	
Slowenien	7,4		1,5		4,8	
Tschechien	7,4	(12,3)	3,0	(1,3)	5,5	(7,5)
Polen	7,0	(8,8)	3,7	(0,7)	5,6	(5,2)
Slowakei	8,5		3,3		6,2	
Litauen	10,5	(11,4)	1,2	(1,2)	6,4	(6,9)
Ungarn	9,8	(10,2)	3,1	(-0,4)	6,8	(5,5)
Bulgarien	9,6		6,8		8,4	
Estland	12,8		3,5		8,7	
Lettland	15,6	(12,3)	2,6	(2,6)	9,8	(8,0)
Rumänien	22,3	(13,2)	6,8	(3,5)	15,4	(9,0)
Kroatien	NV	NV	0,0	(-0,9)	NV	NV

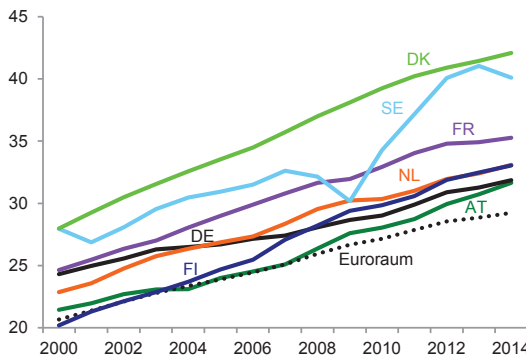
NV = Daten nicht verfügbar

¹ Wirtschaftszweige B-N (NACE Rev. 2); B-F: Produzierendes Gewerbe, G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

Quellen: Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK (Datenstand 28.09.2015).

ABBILDUNG 3

Langfristige Entwicklung der Arbeitskosten in der Hochlohngruppe in der Privatwirtschaft¹ In Euro



¹ Wirtschaftszweige B-N (NACE Rev. 2): B-F: Produzierendes Gewerbe; G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

AT = Österreich, DE = Deutschland, DK = Dänemark, FI = Finnland, FR = Frankreich, NL = Niederlande, SE = Schweden.

Quellen: Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK (Datenstand 28.09.2015).



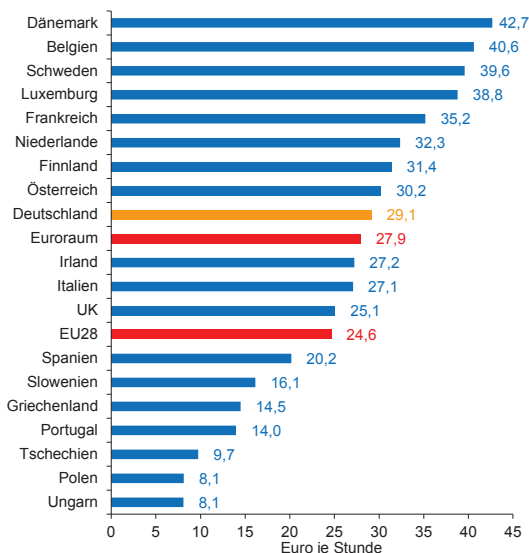
lung im Euroraum. Eine merkliche Trendwende ist in der längerfristigen Betrachtung aber nicht auszumachen (Abbildung 3).

Betrachtet man die Entwicklung am aktuellen Rand, zeigt sich, dass im ersten Halbjahr 2015 die Arbeitskosten mit 2,2 % in der Europäischen Union und 1,7 % im Euroraum durchschnittlich etwas stärker gestiegen sind als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (1,4 % bzw. 1,3 %). In Deutschland fällt der Zuwachs mit 3,0 % im ersten Halbjahr 2015 sogar deutlich höher aus als im gleichen Vorjahreszeitraum im Jahr 2014 (1,4 %).

In den Krisenländern Zypern und Griechenland setzt sich der Rückgang bei den Arbeitskosten mit -1,3 % bzw. sogar -4,5 % auch im ersten Halbjahr 2015 weiter fort. Damit nehmen die Arbeitskosten in Griechenland bereits das sechste Jahr und in Zypern das dritte Jahr in Folge ab. Portugal, das in den Jahren 2012 bis 2014 ebenfalls rückläufige Arbeitskosten hatte, verzeichnet im ersten Halbjahr wieder einen Anstieg von 1,6 %. Spaniens Arbeitskosten stagnieren mehr oder weniger im ersten Halbjahr 2015 (+0,2 %). In Italien betrug der Zuwachs im ersten Halbjahr 2015 nur noch 0,7 %.

ABBILDUNG 4

Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde¹ im privaten Dienstleistungssektor² im Jahr 2014



¹ Auszubildende werden bei den Arbeitskosten und bei den geleisteten Stunden berücksichtigt.

² Wirtschaftszweige G-N (NACE Rev. 2):
G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen;
H: Verkehr und Lagerei;
I: Gastgewerbe;
J: Information und Kommunikation;
K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen;
L: Grundstücks- und Wohnungswesen;
M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen;
N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Quellen: Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK (Datenstand 28.09.2015).



Die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor

Der private Dienstleistungssektor ist – sowohl in Bezug auf die Wertschöpfung als auch die Beschäftigung – der quantitativ bedeutsamste Teil der Privatwirtschaft. In Deutschland beliefen sich die Arbeitskosten je Arbeitsstunde im Jahr 2014 im privaten Dienstleistungssektor auf 29,1 Euro und waren damit nur um 1,2 Euro höher als der Euroraum-Durchschnitt. Im Länderranking nimmt Deutschland damit, hinter Österreich (29,6 Euro), wie in den Vorjahren den neunten Platz ein (Tabelle 1). Die höchsten Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor hatte – wie in der Privatwirtschaft insgesamt – Dänemark mit 42,7 Euro, gefolgt von Belgien mit 40,6 Euro und Schweden mit 39,6 Euro (Abbildung 4). Im EU-Durchschnitt betragen die Arbeitskosten 2014 im privaten Dienstleistungssektor 24,6 Euro.

Die durchschnittliche Entwicklung der Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor entsprach im Jahr 2014 nahezu der Entwicklung in der Privatwirtschaft insgesamt. So nahmen die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor im Euroraum um 1,2 % und in der Europäischen Union um 1,4 % zu. Die deutschen Arbeitskosten in diesem Sektor legten 2014 mit 1,7 % leicht überdurchschnittlich zu, nachdem sie sich 2013 ausgesprochen schwach entwickelt und fast stagniert hatten (0,3 %). Im historischen Vergleich war die Entwicklung aber nicht

besonders dynamisch, denn die Zuwachsrate 2014 entsprach genau dem jährlichen Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 (Tabelle 1). Sie war somit niedriger als der Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2014 (2,1 %).

Nachdem sich die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungsbereich in den letzten Jahren schwächer als in der gesamten Privatwirtschaft entwickelt hatten, weisen sie nun im ersten Halbjahr 2015 in beiden Wirtschaftsbereichen die gleichen durchschnittlichen Zuwachsraten auf (1,7 % im Euroraum, 2,2 % in der Europäischen Union). Dieses trifft im Großen und Ganzen auch für die Entwicklung in den meisten Ländern zu.

Ein Anstieg von 3,1 % im ersten Halbjahr 2015 in Deutschland deutet darauf hin, dass die Arbeitskosten im Dienstleistungssektor auch im Jahresdurchschnitt 2015 deutlich stärker steigen werden als in den beiden vergangenen Jahren.

Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe

Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe sind im Durchschnitt höher als im Dienstleistungssektor, wobei der Abstand im Euroraum mit 3,1 Euro pro Stunde im Jahr 2014 deutlich ausgeprägter war als in der Europäischen Union insgesamt (0,5 Euro). Deutschland nimmt hierbei eine hervorgehobene Position ein, denn der Abstand zwischen den Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe (37,0 Euro) und im privaten Dienstleistungsgewerbe (29,1 Euro) betrug fast 8 Euro. Im Jahr 2000 belief er sich noch auf 5,1 Euro. Damit lagen im Jahr 2014 die deutschen Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe 21,4 % über denen im privaten Dienstleistungsbereich (Tabelle 1).

Im Länderranking 2014 für das Verarbeitende Gewerbe belegt Deutschland vor Frankreich (36,4 Euro) wie im Vorjahr den vierten Platz (Abbildung 5). Die höchsten Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe hat Belgien mit 43,2 Euro, gefolgt von Dänemark (41,6 Euro) und Schweden (41,2 Euro). Insgesamt liegen die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe in neun Volkswirtschaften über dem Euroraum-Durchschnitt.

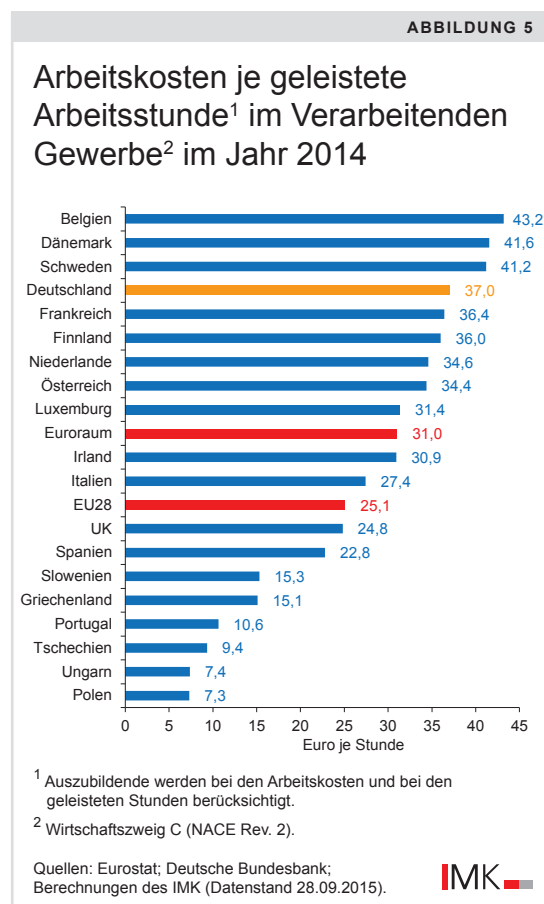
Im Euroraum nahmen die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2014 um 1,9 % zu, in der Europäischen Union um 2,1 %. Damit waren die Zuwächse nahezu identisch zu denen im Vorjahr (beide 2,1%). Im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland stiegen die Arbeitskosten um 2,5 %. Damit fiel der Zuwachs deutlich geringer aus als im Vorjahr, als der Anstieg 3,2 % betrug. Innerhalb der Gruppe der Hochlohnländer verzeichnete Deutschland hinter den Niederlanden (3,3 %) und

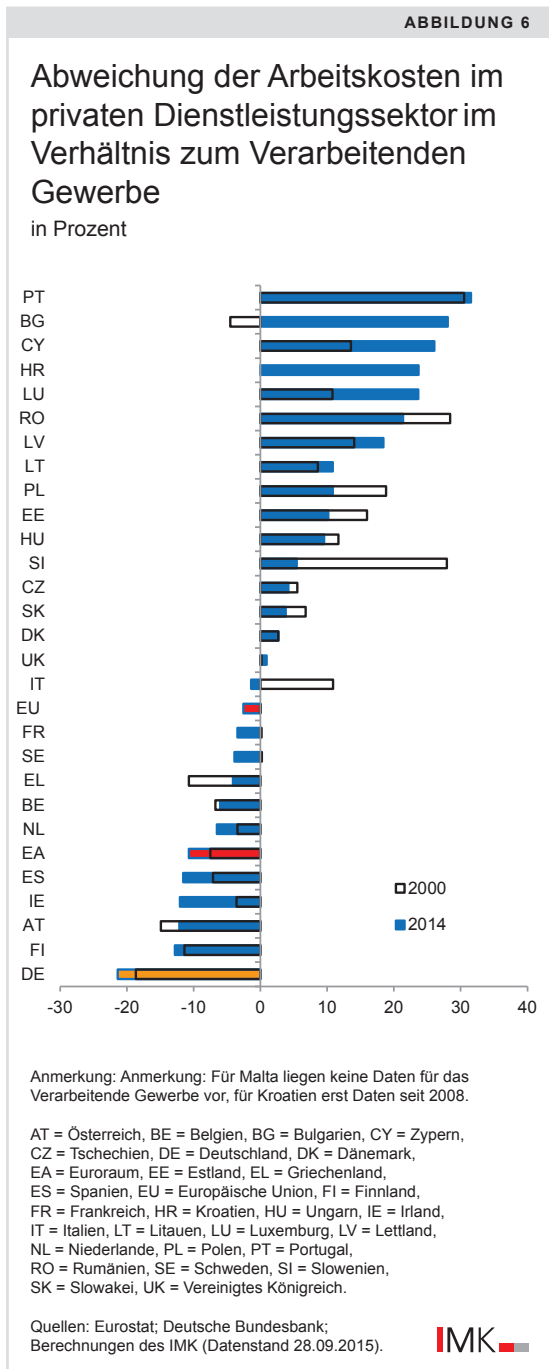
Österreich (2,9 %) den dritthöchsten Anstieg, da Schweden aufgrund der Abwertung der schwedischen Krone in Euro gemessen einen deutlichen Rückgang der Arbeitskosten aufwies.

Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe nahmen im ersten Halbjahr 2015 im EU-Durchschnitt um 2,0 % und im Euroraum-Durchschnitt um 1,7 % zu. Diese Entwicklung ist nahezu identisch zur Entwicklung im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Auffällig ist die ähnliche Entwicklung der Arbeitskosten im privaten Dienstleistungsbereich und Verarbeitenden Gewerbe im ersten Halbjahr 2015. Dies war in den Jahren zuvor nicht der Fall. Meistens stiegen die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe spürbar stärker als im privaten Dienstleistungsbereich. Mit 2,5 % ist die deutsche Arbeitskostenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe im ersten Halbjahr 2015 leicht überdurchschnittlich (Euroraum: 1,7 %; Europäische Union: 2,2 %) und sogar etwas geringer als im privaten Dienstleistungssektor (3,1 %). Ob damit das weitere Auseinanderdriften der deutschen Arbeitskosten in diesen beiden Bereichen gestoppt wird, bleibt abzuwarten.

In den anderen europäischen Hochlohnländern, mit Ausnahme von Dänemark und Luxemburg, sind die Arbeitskosten im Verarbeiten Gewerbe höher als im privaten Dienstleistungsbereich (Ab-

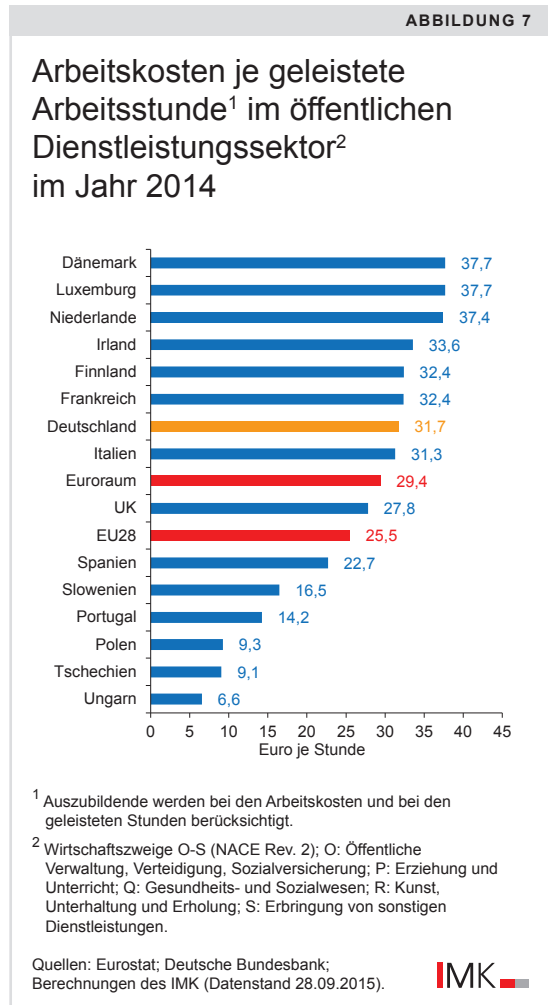




bildung 6). In vielen osteuropäischen Ländern sind die Arbeitskosten des privaten Dienstleistungssektors zum Teil sogar deutlich höher als die des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor

Durch die Krise des Euroraums und die in vielen europäischen Ländern praktizierte Austeritätspolitik sind die Höhe und die Entwicklung der Arbeitskosten im öffentlichen Sektor von besonderem Interesse. Doch leider liegen hierzu keine vollständigen Angaben für alle Mitgliedsländer der Europäischen Union vor. Für Belgien, Griechenland, Malta, Ös-



terreich und Schweden gibt es keine Informationen aus der AKE 2012, so dass für diese Länder keine Arbeitskostenniveaus berechnet werden können. In Abbildung 7 werden die Arbeitskostenniveaus im öffentlichen Dienstleistungssektor der Länder gezeigt, für die Informationen vorliegen.

Für alle EU-Länder können aber zumindest die Entwicklungen seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise verglichen werden, da immerhin seit 2008 für alle Volkswirtschaften Informationen über den AKI vorliegen.

Für diejenigen Länder, für die Informationen über den gesamten Beobachtungszeitraum vorliegen, lässt sich folgendes feststellen: Während sich die Arbeitskosten im Zeitraum 2000 bis 2008 im öffentlichen Dienstleistungssektor dynamischer entwickelt hatten als im privaten Dienstleistungssektor, kehrte sich diese Entwicklung in der Phase nach dem Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und der Krise des Euroraums in den meisten Ländern um (Tabelle 3).

Besonders ausgeprägt ist dieses Bild in den Krisenländern Griechenland, Portugal und Irland, wo die Auswirkungen der Austeritätspolitik auf dramatische Art und Weise in der Entwicklung der Ar-

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Euroraum von 2000 bis 2014 im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor

	2000-2008		2008-2014		2000-2014	
	Privat ²	Öffentlich ³	Privat ²	Öffentlich ³	Privat ²	Öffentlich ³
Griechenland	3,4	5,8	-1,9	-5,9	1,1	0,6
Portugal	3,2	3,0	-0,2	-2,5	1,7	0,6
Deutschland	1,7	0,9	2,1	2,6	1,9	1,6
Italien	2,7	4,1	2,0	0,9	2,4	2,7
Euroraum	2,8	NV	1,9	1,6	2,4	NV
Frankreich	3,2	NV	1,7	1,8	2,6	NV
Niederlande	3,2	3,7	1,9	2,3	2,6	3,1
Belgien	2,9	2,9	2,6	2,3	2,7	2,6
Irland	5,0	5,6	0,1	-0,8	2,9	2,8
Österreich ¹	2,6	NV	3,4	3,8	2,9	NV
Spanien	4,3	NV	1,4	0,4	3,0	NV
Zypern	5,3	4,9	0,3	-0,8	3,1	2,4
Malta	3,0	5,1	3,9	3,7	3,3	4,5
Finnland	4,1	3,9	2,7	3,0	3,5	3,5
Luxemburg	3,8	3,7	3,4	2,8	3,6	3,3
Slowenien	7,1	6,3	0,6	0,1	4,3	3,6
Slowakei	8,8	9,4	2,7	4,3	6,2	7,2
Estland	12,5	13,8	3,3	3,0	8,5	9,0
Lettland	15,8	16,9	2,5	-0,1	9,9	9,3

NV = Daten nicht verfügbar.

¹ Wert für Österreich bezieht sich auf den Zeitraum 2009-2014.

² Wirtschaftszweige G-N (NACE Rev. 2); G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H: Verkehr und Lagerei; I: Gastgewerbe; J: Information und Kommunikation; K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L: Grundstücks- und Wohnungswesen; M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

³ Wirtschaftszweige O-S (NACE Rev. 2); O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; P: Erziehung und Unterricht; Q: Gesundheits- und Sozialwesen; R: Kunst, Unterhaltung und Erholung; S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK (Datenstand 28.09.2015).



beitskosten im öffentlichen Sektor sichtbar werden. Zwischen 2008 und 2014 gingen die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor in Griechenland durchschnittlich um 5,9 % pro Jahr, in Portugal um 2,5 % pro Jahr und in Irland um 0,8 % zurück. Zypern als weiteres Krisenland verzeichnete in diesem Zeitraum ebenfalls negative jährliche Veränderungsdaten. In Spanien stagnierten die Arbeitskosten im öffentlichen Sektor in diesem Zeitraum nahezu. Dagegen lagen in Italien die durchschnittlichen Zuwachsraten bei 0,9 % pro Jahr.

Bei dem Vergleich der Entwicklung der Arbeitskosten im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor sticht die Entwicklung in Deutschland heraus. Im Beobachtungszeitraum der Jahre 2000 bis 2008 entwickelten sich die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor mit einer durch-

schnittlichen Zuwachsrate von 0,9 % pro Jahr nur halb so stark wie bei den privaten Dienstleistungen. Deutschland verzeichnete damit die mit Abstand schwächste Dynamik bei den Arbeitskosten im öffentlichen Sektor aller betrachteten Volkswirtschaften in diesem Zeitraum. Seit 2008 ist der Anstieg der Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor Deutschlands mit durchschnittlichen Veränderungsdaten von 2,6 % pro Jahr insgesamt deutlich kräftiger und auch etwas dynamischer als im privaten Dienstleistungssektor (2,1 %).

Im ersten Halbjahr 2015 stiegen die deutschen Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor um 2,8 % und damit fast ähnlich stark wie im privaten Dienstleistungssektor (3,1 %). Auch die europäischen Durchschnitte weisen nur geringe

Unterschiede zwischen diesen beiden Wirtschaftsbereichen auf.

Vor dem Hintergrund der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland wird die Entwicklung der deutschen Arbeitskosten in diesem und im nächsten Jahr von besonderem Interesse sein. Dabei sind nicht nur die Effekte auf die allgemeine Ungleichheitsentwicklung spannend: Im Kontext der Arbeitskosten wird insbesondere die Frage in den Fokus rücken, ob damit ein weiteres Auseinanderdriften der Arbeitskosten zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen Einhalt geboten werden kann. Die Entwicklung im ersten Halbjahr 2015, in dem die Arbeitskosten in den Dienstleistungsbereichen etwas stärker zugenommen haben als im Verarbeitenden Gewerbe, dürfte nicht zuletzt auf die Einführung des Mindestlohns in Deutschland zurückzuführen sein. Genauere Aussagen zu Auswirkungen des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf die Entwicklung der Arbeitskosten in der Gesamtwirtschaft und in einzelnen Branchen sollten auf der Grundlage der Arbeitskostenstatistik im nächsten IMK Report zur Entwicklung der Arbeitskosten möglich sein, wenn die vollständigen Informationen für das Jahr 2015 vorliegen.

Lohnstückkosten und Exportpreise als Indikatoren preislicher Wettbewerbsfähigkeit

Die bislang diskutierten Arbeitskosten stellen einen wichtigen Einflussfaktor für die Produktionskosten und damit die Exportchancen dar. Alleine sind sie aber nicht geeignet, um Aussagen über die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu treffen. Die Lohnstückkosten eignen sich besser zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, denn sie berücksichtigen neben den Arbeitskosten auch die Arbeitsproduktivität (vgl. Methodischer Anhang). Weist ein Land eine hohe Arbeitsproduktivität auf, kann auch bei hohen Arbeitskosten wettbewerbsfähig produziert werden.

So liest man z.B. in einer aktuellen Veröffentlichung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), dass Deutschland „zu den Industriestandorten mit den weltweit höchsten Arbeitskosten“ (IW 2015) gehört.⁴ Allerdings wird eine Relativierung aufgrund

der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklungen in den betrachteten Ländern noch nicht einmal erwähnt, geschweige denn ausgewiesen.

Die Lohnstückkosten decken die Arbeitskosten je produzierter Einheit ab, beinhalten aber nicht weitere Herstellungskosten, wie Energiekosten oder Aufwendungen für Kapital. Für besonders energie- oder kapitalintensive Produktionszweige stellen die Lohnstückkosten damit einen weniger geeigneten Wettbewerbsfähigkeitsindikator dar. Außerdem sagen die Lohnstückkosten nichts über die Aufschläge der Unternehmen auf die Kosten, also über die Gewinnmarge aus. Insofern stellen auch die Lohnstückkosten nur eine Näherung für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft dar und sind nicht deckungsgleich mit den Preisen der exportierten Waren und Dienstleistungen. Zudem lassen sich Lohnstückkosten nicht für die Exporte alleine berechnen, sodass näherungsweise die Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft oder die der Industrie herangezogen werden müssen.

Auf den ersten Blick scheinen die Lohnstückkosten in der Industrie der passendere Indikator zu sein, da er viele Bereiche außen vor lässt, die für den Export irrelevant sind, in den Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft aber enthalten sind. Allerdings ist auch dieser Indikator nicht frei von Problemen. Zum einen erfassen die Lohnstückkosten der Industrie nicht die Dienstleistungsexporte, welche aber für einzelne Länder wie z.B. Griechenland mit über 50 % einen signifikanten Umfang der Exporte ausmachen. Im Fall Deutschlands ist der Anteil deutlich niedriger, aber immer noch nennenswert. Er ist im Beobachtungszeitraum leicht gestiegen, so dass er mittlerweile bei gut 16 % liegt. Zum anderen beinhalten sie nicht alle für die Exporte relevanten Lohnstückkosten, da der Industriesektor auf zahlreiche produktionsnahe Dienstleistungen anderer Sektoren zurückgreift (Ludwig 2013). Eine alleinige Betrachtung der Industrie überschätzt in der Tendenz die Lohnstückkostensteigerungen, wenn diese in anderen Bereichen weniger schnell wachsen als in der Industrie. Ludwig (2013) kommt für Deutschland zu dem Ergebnis, dass die Entlastungseffekte für die Industrie durch den Vorleistungsverbund in der Größenordnung von 10 % der Arbeitskosten liegen. Überdies ist der Industriesektor umfassender als die Exportindustrie, produziert also auch Waren, die nicht in den Export fließen. Einen Teil der beschriebenen Defizite vermeidet man, wenn man die Lohnstückkostenentwicklung der Gesamtwirtschaft betrachtet, da hier Verbundeffekte und Dienstleistungen automatisch mitberücksichtigt sind. Aus all diesen Gründen werden in diesem Report beide Indikatoren alternativ diskutiert. Trotz

⁴ Die Ergebnisse des IW Köln, das für 2014 Arbeitskosten für das Verarbeitende Gewerbe Deutschlands von 37,8 Euro ausweist, weichen zudem von destatis und Eurostat ab, die nur 37,0 Euro ausweisen. Gleichzeitig wird vom IW der sogenannte Verbundeffekt, der sich in Deutschland aufgrund günstiger Vorleistungen aus dem Dienstleistungsgewerbe einstellt, deutlich unterschätzt.

dieser Schwierigkeiten sind die Veränderungen der nationalen Lohnstückkosten im Vergleich zu denjenigen in anderen Ländern ein wichtiger Indikator für die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.

Wie bei der Betrachtung der Arbeitskosten werden vorrangig die größeren Volkswirtschaften des Euroraums behandelt, die seit 1999 dem Euroraum angehören. Einzige Ausnahme ist hier Griechenland, das erst 2001 dem Euroraum beigetreten ist, aber aufgrund seiner prominenten Rolle im Zuge der Eurokrise mitberücksichtigt wird. Zusätzlich abgebildet werden auch die Verläufe von zwei Ländern, die nicht Teil des Euroraums sind, aber in enger Handelsbeziehung mit Deutschland stehen: das Vereinigte Königreich und Polen. Für diese Länder sind Wechselkurseffekte zu berücksichtigen (vgl. hierzu auch Abbildung 2).

Der Übersichtlichkeit halber sind die Länder in zwei Gruppen unterteilt.⁵ Um die Entwicklung seit Beginn der Währungsunion darzustellen, werden die jeweils abgebildeten Indikatoren für alle Länder für das erste Quartal des Jahres 2000 auf 100 normiert.⁶ Aus der gewählten Darstellung lässt sich ablesen, wie sich die Lohnstückkosten eines Landes vom jeweiligen Ausgangsniveau in Relation zu den anderen betrachteten Volkswirtschaften im Zeitablauf verändert haben.

Anstieg der Lohnstückkosten zuletzt unter Zielinflationsrate

Wie Abbildung 8 verdeutlicht, hat sich die deutsche Arbeitsproduktivität – die zweite Komponente der Lohnstückkosten – seit 2000 insgesamt in Relation zum Euroraum leicht verbessert. Seit 2000 hat sich die Arbeitsproduktivität in Deutschland um

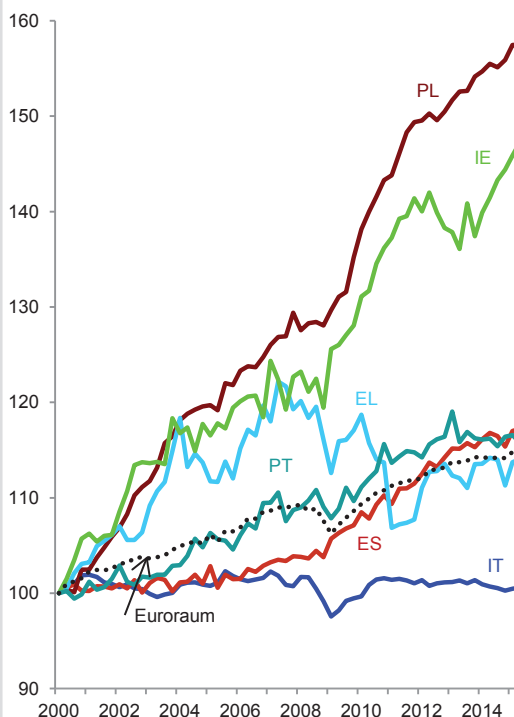
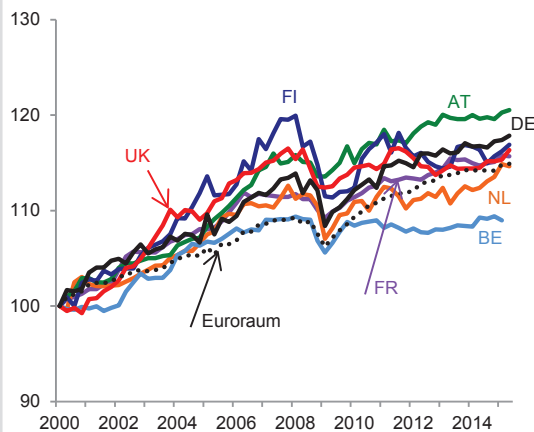
⁵ Die erste Gruppe umfasst die beiden großen Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich sowie die vier offenen kleinen Volkswirtschaften Belgien, Finnland, Österreich und die Niederlande. Komplettiert wird diese Gruppe durch das Vereinigte Königreich als Vergleichsland, das nicht Teil des Euroraums ist. Die zweite Gruppe umfasst die Länder, denen während der Eurokrise besondere Aufmerksamkeit zuteilwurde, also Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien. Zum Vergleich wurde in diese Gruppe zudem Polen aufgenommen, das nicht Mitglied des Euroraums ist.

⁶ Das Jahr 2000 wird als Bezugsjahr gewählt, da für die Zeit davor nicht alle Daten vollständig vorliegen und so kurzfristige Einflüsse der Euro-Einführung ausgeblendet werden können.

ABBILDUNG 8

Entwicklung der Arbeitsproduktivität¹ im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern

2000q1=100



Anmerkung: Polen: 2002 Bruch in der Zeitreihe.

AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, EL = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

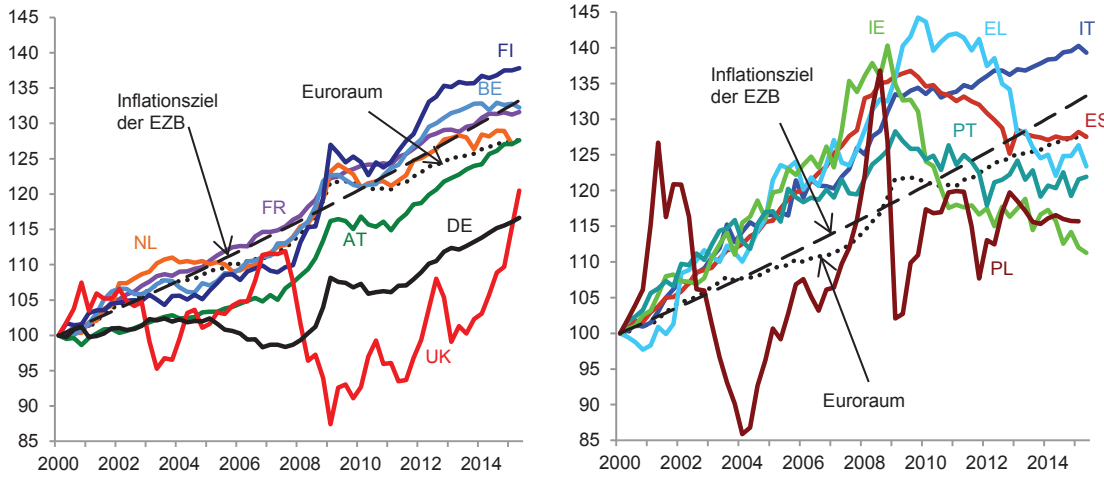
¹ Die Berechnung der Arbeitsproduktivität erfolgte für alle Länder in Landeswährung. Stundenbasis. Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.09.2015).



Lohnstückkostenentwicklung¹ in der Gesamtwirtschaft im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern

2000q1=100



Anmerkung: Polen: 2002 Bruch in der Zeitreihe.

AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, EL = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Die Berechnung der Lohnstückkosten (auf Personenbasis; Portugal Stunden) erfolgte für alle Länder in Euro.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 01.10.2015).



17 % verbessert, die im Euroraum um knapp 15 %.⁷ Griechenlands Zuwächse bei der Arbeitsproduktivität hingegen, die in den ersten Jahren nach Euro-Einführung deutlich über denen des Euroraum-Durchschnitts lagen, sind im Zuge der Finanzkrise eingebrochen. Im Jahr 2010 ging die Arbeitsproduktivität soweit zurück, dass die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Euroraum 2011 deutlich über den griechischen Werten lag. Mittlerweile hat sich die Entwicklung der Arbeitsproduktivität Griechenlands wieder dem Euroraum-Durchschnitt angenähert.

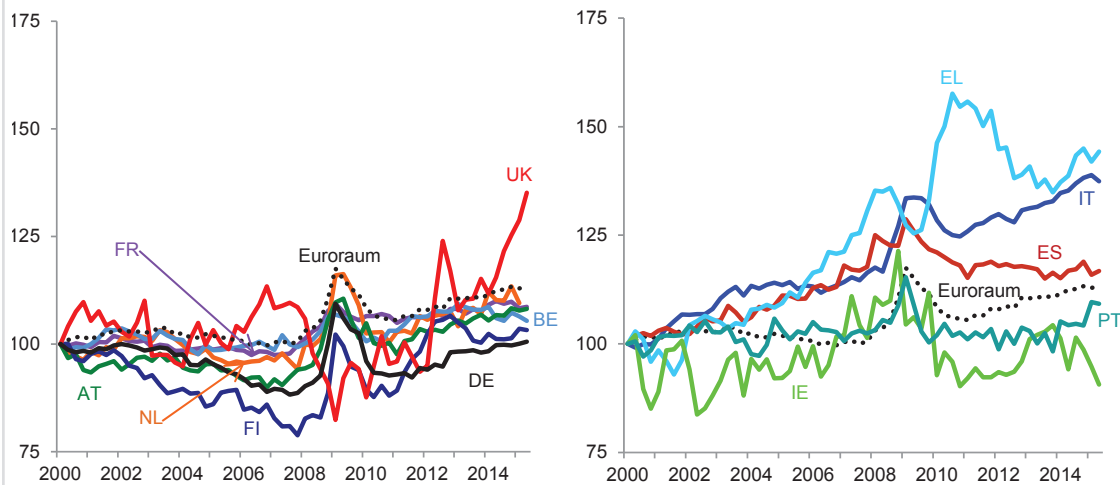
Betrachtet man in Abbildung 9 die Entwicklung der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft, zeigt sich, dass diese seit Beginn der Währungsunion bis zur Finanzkrise im Falle Deutschlands sogar leicht rückläufig waren. Da die Lohnstückkosten für den Euroraum als Ganzes gestiegen sind, hat Deutsch-

land stetig an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen - zumindest bezüglich des Indikators Lohnstückkosten. Seit der Großen Rezession 2009 läuft die Entwicklung ähnlich zu der des Euroraums, was bedeutet, dass die deutsche Wirtschaft weiterhin auf Basis der bis dahin gewonnenen Wettbewerbsfähigkeit operieren kann. Die deutsche Wirtschaft hat damit gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt ohne Deutschland immer noch einen seit Beginn der Währungsunion akkumulierten Lohnstückkostenvorteil von gut 12 % (Stand 2. Halbjahr 2015), und das trotz der teils drastischen Rückgänge der Lohnstückkosten in den Krisenländern Griechenland, Portugal, Irland und auch Spanien seit 2009. Die positive Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte in Deutschland seit 2009 hat zu *keinem* deutlich überdurchschnittlichen Anstieg der Lohnstückkosten geführt. Im vergangenen Jahr lag der Zuwachs bei den Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft hierzulande bei 1,9 % und damit etwas über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,2 %. Im ersten Halbjahr 2015 betrug die Steigerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Deutschland mit 1,9 % einen Prozentpunkt mehr als der Zuwachs im Euroraum, der bei 0,9 % lag. Trotz der aktuellen Annäherung besteht weiterhin gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt ein deutlicher Vorteil bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

⁷ Diese makroökonomische Durchschnittsbetrachtung lässt sich nur bedingt auf die Unternehmensebene übertragen. Im Durchschnitt (wie auch im Mittel der Unternehmen) war die Arbeitsproduktivität deutscher Unternehmen höher als in anderen Ländern des Euroraumes, wie Di Mauro und Ronchi (2015) zeigen. Allerdings streut die Arbeitsproduktivität je Unternehmen in Deutschland stärker als in anderen Ländern (Di Mauro und Ronchi 2015, S. 51). Unterschiede in der Verteilung der Arbeitsproduktivität im Unternehmenssektor (Di Mauro und Ronchi 2015, S. 50-52) beeinflussen möglicherweise den Exporterfolg der Länder.

Lohnstückkostenentwicklung¹ in der Industrie² im Euroraum sowie im Vereinigten Königreich

2000q1=100



AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, EL = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Die Berechnung der Lohnstückkosten (auf Personenbasis; Portugal: Stunden) erfolgte für alle Länder in Euro. Vergleichbare Daten für Polen liegen erst ab 2002 vor.

² Wirtschaftszweige B-E (Nace Rev. 2).

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 01.10.2015).



Der Anstieg der Lohnstückkosten im Euroraum war in den letzten Jahren, gemessen an der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank, zu gering. Bis 2010 pendelte der Euroraum-Durchschnitt der Lohnstückkosten um diese Zielmarke von knapp unter 2 %. Seit 2010 wurde der stabilitätskonforme Spielraum, den die Zielinflationsrate der Lohnstückkostenentwicklung setzt, allerdings nicht mehr vollständig erreicht.

Betrachtet man die Entwicklung der Krisenländer des Euroraums genauer, zeigt sich, dass diese bis zur Krise stärkere Lohnstückkostenzuwächse verzeichneten als der Euroraum. Krisenbedingte Rückgänge haben aber in fast allen Ländern – mit Ausnahme Italiens – dazu geführt, dass deren Entwicklung wie im Falle Spaniens mittlerweile auf die durchschnittliche Entwicklung im Euroraum zurückging, oder – bei Griechenland, Portugal und Irland - sogar darunter liegt. Griechenlands erst späte Anpassung an die Euroraumentwicklung ist dabei vor allem auf die massiven Produktivitätseinbrüche (2008 und 2010) zurückzuführen, die um das Jahr 2010 die starken Rückgänge bei den Arbeitnehmerentgelten erst einmal neutralisiert haben.

Die zwei Länder außerhalb des Euroraums weisen starke Ausschläge auf. Das Vereinigte Königreich verzeichnete 2007 und 2008 einen deutlichen Rückgang der Lohnstückkosten und nähert sich seitdem wieder der Euroraum-Entwicklung an. Ur-

sache hierfür ist maßgeblich eine Abwertung des britischen Pfundes, nicht aber eine massive Veränderung der Lohnstückkosten in heimischer Währung. Die Ausschläge der polnischen Lohnstückkostenentwicklung erklären sich gleichermaßen aus Wechselkursschwankungen.

Betrachtet man die Entwicklung der Lohnstückkosten nur für die Industrie (Abbildung 10), zeigt sich grundsätzlich eine ähnliche Tendenz wie bei den gesamtwirtschaftlichen: Die deutschen Lohnstückkostenzuwächse waren bis 2007 allerdings sogar rückläufig und stagnieren seit dem vorübergehenden Anstieg im Jahr 2009 auf dem Niveau zur Euro-Einführung. Da der Euroraum-Durchschnitt Zuwächse verzeichnete, hat die deutsche Industrie durchgehend an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, jedenfalls gemessen an den Lohnstückkosten in der Industrie. Die Krisenländer des Euroraums wiesen dagegen bis zur Finanzkrise durchweg überdurchschnittliche Anstiege auf. Diese haben sich zwar seit 2010 verringert und zuletzt stabilisiert. Im Gegensatz zu den gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten deutet aber der Indikator Lohnstückkosten in der Industrie darauf hin, dass vor allem Griechenland und Italien bisher nicht an die durchschnittliche Entwicklung im Euroraum anschließen konnten, ebenso wenig wie Spanien, für das der Abstand aber deutlich geringer ist.

Lohnstückkosten versus Exportpreise

Wie oben erwähnt, decken die Lohnstückkosten die Arbeitskosten je produzierter Einheit ab, beinhalten aber nicht weitere Herstellungskosten, wie Energiekosten oder Aufwendungen für Kapital, noch Gewinnmargen. Daher ist ein Vergleich mit der Entwicklung der Exportpreise sinnvoll, die die durchschnittliche Entwicklung der Preise der tatsächlich exportierten Waren und Dienstleistungen messen. Dieser Vergleich ist auch deshalb interessant, weil nach der Finanzkrise für viele Krisenländer zu beobachten war, dass sich Rückgänge bei den Lohnstückkosten nicht zwangsläufig in den Exportpreisen niedergeschlagen haben (Herzog-Stein et al. 2013a). Trotz sinkender Lohnstückkosten in Griechenland, Spanien, Irland und Portugal sind die Exportpreise deutlich gestiegen.

Die Auseinanderentwicklung von Exportpreisen und Lohnstückkosten hatten auch der Internationale Währungsfonds (IMF 2013) und die Europäische Kommission (EU-Kommission 2013) diskutiert. Letztere begrüßte die Auseinanderentwicklung, da die Ausweitung von Gewinnmargen vor allem in exportorientierten Industrien Anreize für eine stärkere Allokation von Ressourcen in exportnahe Aktivitäten setze (EU-Kommission 2013, S. 19). Letztlich dürften viele Exportunternehmen eine Strategie des „pricing to market“ verfolgen, bei der zumindest kurz- bis mittelfristig das Preisniveau im Exportzielland einen starken Einfluss auf die Preissetzung der eigenen Exporte hat. Die Exportpreise

werden dann nicht automatisch an Veränderungen der Lohnstückkosten angepasst.

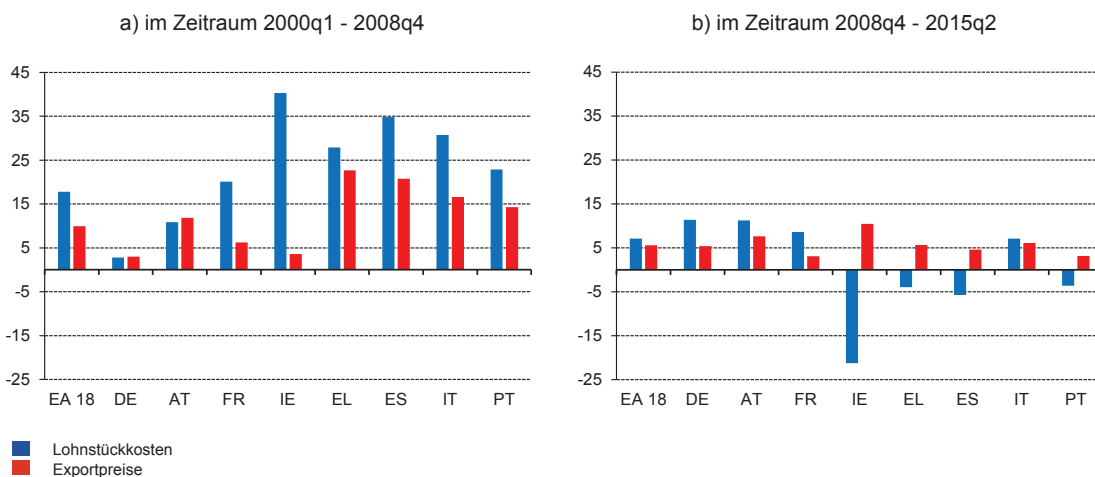
Die Auseinanderentwicklung von Exportpreisen und Lohnstückkosten lässt sich noch immer konstatieren: Betrachtet man den Zeitraum seit Ende 2008 bis Mitte 2015, dann zeigt sich, dass die Exportpreise auch für die Krisenländer gestiegen sind, trotz der (außer für Italien) gesunkenen Lohnstückkosten (Abbildung 11). Griechenlands Exportpreise verzeichneten seit 2008 Anstiege in Höhe des Euroraums, ähnlich wie die Italiens. Irlands Zuwächse fielen fast doppelt so hoch aus. Da die Exportpreise in den Peripherieländern mit Ausnahme Irlands schon vor der Finanzkrise deutlich stärker gestiegen waren als im Euroraumdurchschnitt (Abbildung 11) und auch nach 2008 weiter zulegten, konnten die seit Euro-Einführung aufgebauten Unterschiede bis heute nicht reduziert werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Exportpreise ab 2013 insbesondere in den Krisenländern (aber auch in anderen Euroraumländern) vorübergehend rückläufig waren.

Ein Problem der Interpretation dieses Indikators liegt jedoch darin, dass er auch durch Veränderungen der Zusammensetzung der Exportgüter beeinflusst wird. Ein höherer Anteil hochpreisiger und damit normalerweise auch höherwertigerer Exporte, die eigentlich einen Anstieg der Wettbewerbsfähigkeit signalisieren, schlägt sich in höheren Exportpreisen nieder, was als Verlust preislicher Wettbewerbsfähigkeit erscheint. Exportpreisanstiege, wie sie einige Länder im Analysezeitraum zu

ABBILDUNG 11

Lohnstückkosten und Exportpreise: Kumulierte Änderung in der Gesamtwirtschaft

in Prozent



EA18 = Euroraum (18 Länder), DE = Deutschland, AT = Österreich, FR = Frankreich, IE = Irland, EL = Griechenland
ES = Spanien, IT = Italien, PT = Portugal.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand Oktober 2015).

verzeichnen hatten, können also nicht vollständig als Verschlechterung interpretiert werden, sondern dürften zum Teil eine geänderte Exportzusammensetzung hin zu Waren mit größerer Wertschöpfung widerspiegeln.

Wettbewerbsfähigkeit und Außenhandel

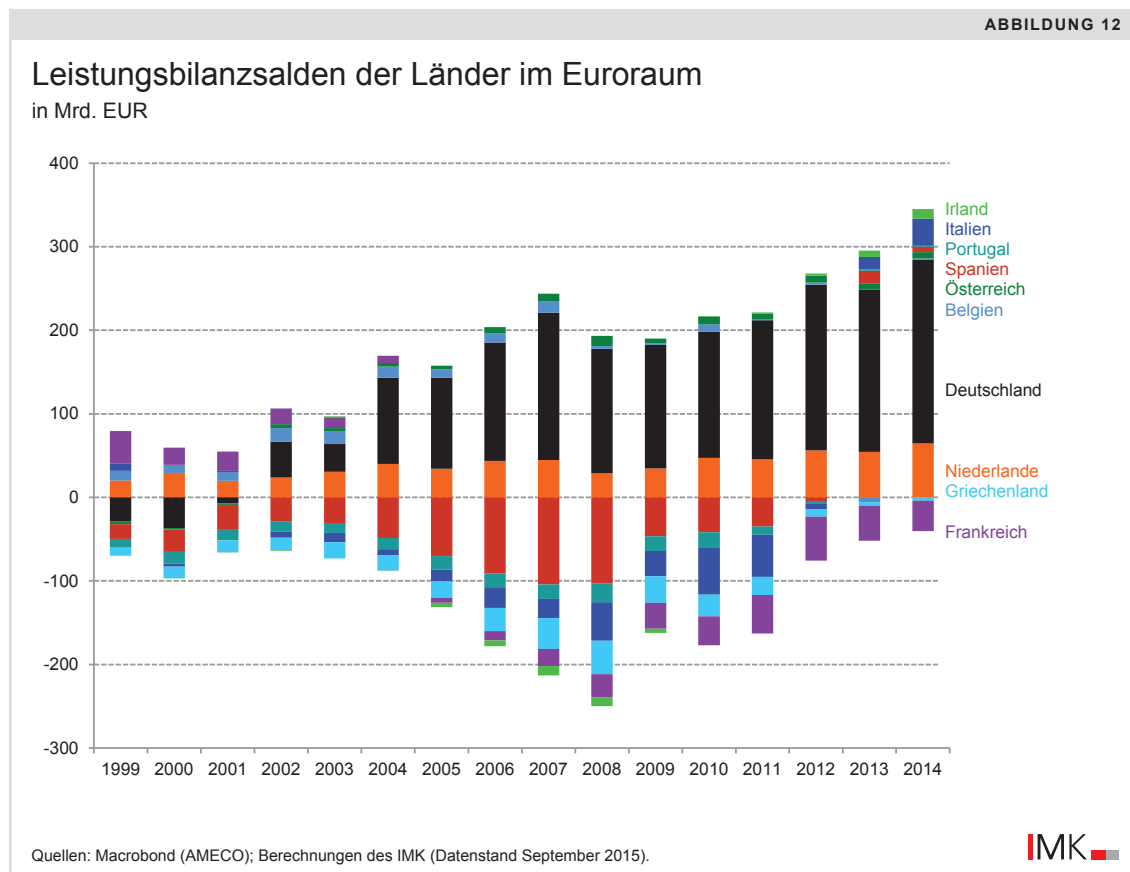
Im Fall der Krisenländer dürfte es seit der Großen Rezession zu einer nennenswerten Verbesserung bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euroraums gekommen sein, was die Exportchancen der Krisenländer verbessert haben sollte. Die Exporte sind auch gestiegen. Dazu hat auch die Euro-Abwertung beigetragen. Allerdings geht nur ein Teil der Verbesserungen in der Leistungsbilanz auf einen Anstieg der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zurück. Insbesondere für Griechenland, aber auch für andere Länder des Euroraums ist ein anderer Effekt mitentscheidend (IMF 2013 und 2014, S. 117-125, Niechoj 2014): Im Zuge der Krise und der sich anschließenden Austeritätspolitik im Euroraum sind die Einkommen und damit die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen stark zurückgegangen. Damit haben sich auch die Importe teils drastisch verringert. So schrumpften etwa die spanischen Importe von 2008 bis 2013 preisbereinigt um etwas mehr als 14 %. Im Wesentlichen war es diese Importrestriktion, die zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz geführt hat.

Als weiterer Faktor neben preislicher Wettbewerbsfähigkeit und Nachfrageentwicklung müsste eigentlich auch noch die nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden. Hiermit ist gemeint, dass die Exporte eines Landes nicht allein vom relativen Preis der angebotenen Güter und Dienstleistungen sowie der ausländischen Nachfrage, sondern auch von der Qualität und Vielfalt bzw. (relativen) Einzigartigkeit des Produktportfolios abhängen – ein Wettbewerbsvorteil, der vor allem für deutsche Industriegüter häufig betont wird. Die Datenlage zur Messung der nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist allerdings problematisch (Ca'Zorzi und Schnatz 2007; Hubrich und Karlsson 2010; CompNet 2015).

In Übereinstimmung mit den empirisch nachweisbaren Effekten – dem Anstieg der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und dem negativen Einkommenseffekt – lässt sich in der letzten Zeit ein Abbau ehemals hoher Leistungsbilanzdefizite bei den Krisenländern beobachten (Abbildung 12). Alle vorherigen Defizitländer konnten ihre Defizite verringern. Sie weisen bis auf Griechenland mittlerweile Überschüsse auf. Frankreich ist das einzige Land des Euroraums, das seit der Finanzkrise steigende Defizite aufweist.

Damit hat sich die Leistungsbilanzsituation im Euroraum deutlich verändert. Während in den Anfangsjahren der Währungsunion die Ungleich-

ABBILDUNG 12



gewichte in den Leistungsbilanzen der Euroraumländer noch eher gering waren und der Euroraum als Ganzes auch eine nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz mit dem Rest der Welt aufgewiesen hat, änderte sich dies ab etwa 2004. Erst stellten sich umfangreichere interne Ungleichgewichte – ein Anwachsen der Überschüsse und Defizite innerhalb des Euroraums – ein, dann kam es im Zuge der Krise zu einem Aufbau von Leistungsbilanzüberschüssen bei allen hier betrachteten Euroraumländern außer Griechenland und Frankreich. Besonders prononciert ist weiterhin der Überschuss Deutschlands, der allerdings gegenüber dem Euroraum zurückging, aber gegenüber Drittländern massiv angestiegen ist.

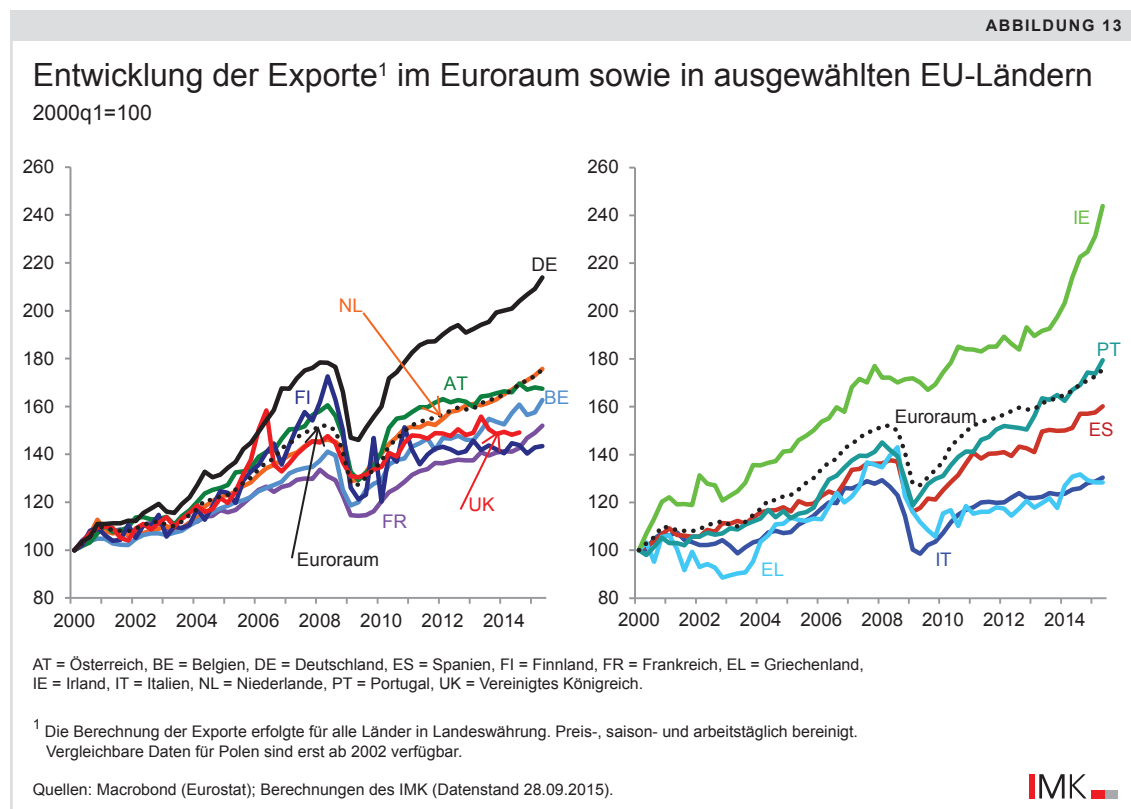
Diese Entwicklung hin zu Leistungsbilanzüberschüssen in der Mehrzahl der Euroraumländer ist natürlich nur möglich gewesen, weil der Euroraum gegenüber dem Rest der Welt einen Überschuss erzielen konnte. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass die überwiegende Zahl der Länder des Euroraums auf Dauer Überschüsse aufweisen wird. Wenn sich die Einkommen in Spanien, Griechenland und Portugal erholen und sich das Bruttoinlandsprodukt wieder dem Vorkrisenniveau annähert, werden auch die Importe wieder zunehmen und sich die Leistungsbilanzpositionen der Länder verschlechtern (OFCE / ECLM / IMK 2014).

Deutsche Lohnentwicklung und Leistungsbilanzungleichgewichte

Bereits vor eineinhalb Jahren hatte die Europäische Kommission im Rahmen ihrer „Macroeconomic Imbalances Procedure“ makroökonomische Ungleichgewichte in Deutschland diagnostiziert (EU-Kommission 2014). Zuvor schon hatte das US-amerikanische Finanzministerium die deutsche Politik aufgefordert, die inländische Nachfrage zu stimulieren, um so den Überschuss zu reduzieren, anderen Euro-Mitgliedstaaten bei der Reduktion ihrer Leistungsbilanzdefizite zu helfen und deren wirtschaftliche Erholung zu unterstützen (U.S. Treasury 2013).

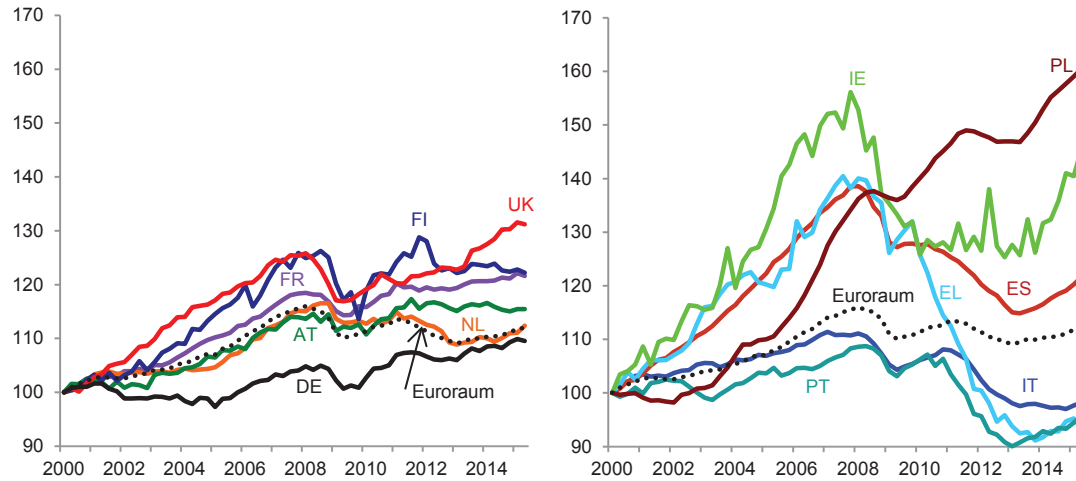
Wie der erneute Anstieg der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse im vergangenen Jahr zeigt, tragen die deutschen Exporterfolge (Abbildung 13) nicht zur Stabilisierung des außenwirtschaftlichen Umfelds bei, weil sie bisher nicht von entsprechend hohen Importsteigerungen begleitet wurden. Unvermindert besteht eine große Diskrepanz zwischen Exportdynamik auf der einen und der binnenwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland (Abbildung 14) auf der anderen Seite. Letztere stellt die wesentliche Bestimmungsgröße für die Importe dar. So haben sich die deutschen Exporte seit der Jahrtausendwende preisbereinigt mehr als verdoppelt, während der reale private Konsum, die

ABBILDUNG 13



Entwicklung der Binnennachfrage¹ im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern

2000q1=100



Anmerkung: Polen 2003 Bruch in der Zeitreihe. Für Belgien gibt es keine saisonbereinigte Daten.

AT = Österreich, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, EL = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Die Berechnung der Binnennachfrage erfolgte für alle Länder in Landeswährung. Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.09.2015).



wichtigste Komponente der Binnennachfrage, im gleichen Zeitraum gerade einmal um rund 10 % zugenommen hat. Auch wenn sich das deutsche Wirtschaftswachstum (Abbildung 15) mit einer Rate von 1,6 % zuletzt etwas besser als der Euroraum entwickelte, reichte dies nicht aus, um die Leistungsbilanzüberschüsse insgesamt zurückzuführen.

Ein wichtiger Faktor für die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte wie auch für die vergleichsweise geringe Importnachfrage Deutschlands war die stagnative Lohnentwicklung in der Vergangenheit. Im vergangenen Jahr war die deutsche Lohnentwicklung (Abbildung 16) mit einer Zuwachsrate von gesamtwirtschaftlich 2,1 % zwar etwas höher als im Jahrzehnt zuvor, aber immer noch viel zu niedrig, um für den Euroraum einen positiven Nachfrageimpuls zu setzen. Deutschland bewegt sich mit der Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte in der Gesamtwirtschaft (je Stunde) seit Anfang der 2000er Jahre deutlich unterhalb der Entwicklung im Euroraum. Bis etwa 2008 waren die Lohnzuwächse im Vergleich zum restlichen Euroraum deutlich unterdurchschnittlich, seither sind die Lohnsteigerungen ähnlich hoch. Für die Jahre 2015 und 2016 werden mit Raten um 3 % nun höhere Zuwächse erwartet (Horn et al. 2015).

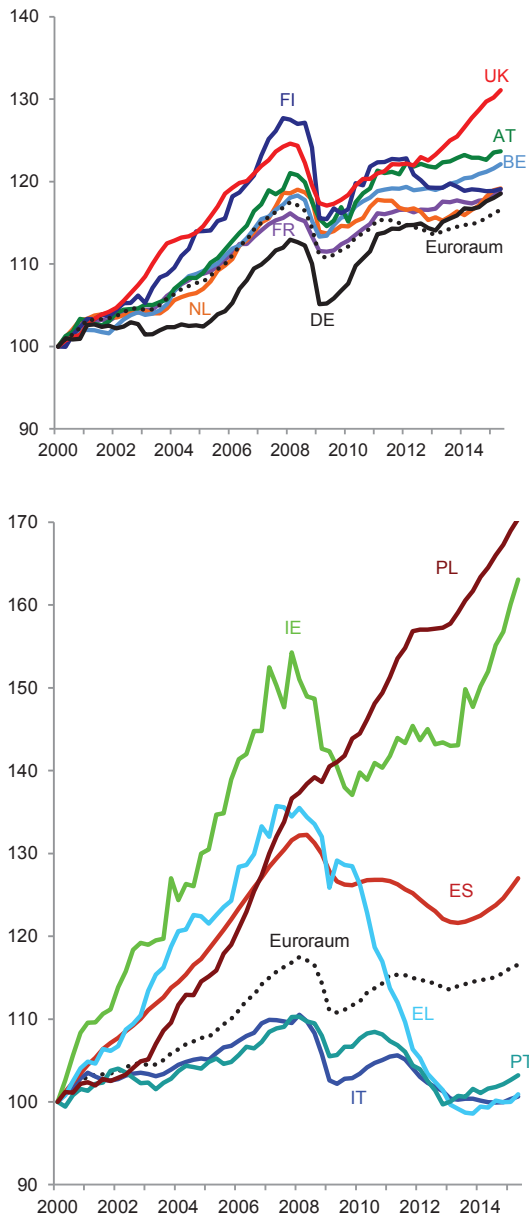
Wie in Abbildung 16 zu sehen ist, gab es in allen Krisenländern in den vergangenen Jahren deutliche

Korrekturen der zuvor stark gestiegenen Löhne. Besonders drastisch fielen die gesamtwirtschaftlichen Lohnsenkungen in Griechenland aus, weniger ausgeprägt in Irland, während in den anderen Krisenländern die Nominallöhne tendenziell stagnierten und damit die Reallöhne sanken.

Insbesondere Deutschland hat mit geringen gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen und entsprechend schwachen Importen den wirtschaftlichen Anpassungsprozess der Krisenländer in den vergangenen Jahren erheblich belastet. Dieser Zusammenhang von Lohnentwicklung und Leistungsbilanzungleichgewichten wurde vom IMK mit Hilfe von makroökonomischen Simulationen, die für den Zeitraum 1999 bis 2011 durchgeführt wurden, eingehend untersucht (Herzog-Stein et al. 2013b). In diesen Simulationen wird eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit – fiktiven – höheren Lohnsteigerungen mit der tatsächlichen Situation niedriger Lohnsteigerungen in Deutschland verglichen. Grundlage für die Bestimmung ökonomisch “optimaler“ Lohnsteigerungen bildete dabei das Konzept einer makroökonomisch orientierten Lohnpolitik, in der die gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen den Verteilungsspielraum aus Trendproduktivitätsfortschritt und Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) ausschöpfen (Herr und Horn 2012; Horn und Logeay 2004). Bei einem mittelfristigen Produktivitätsan-

ABBILDUNG 15

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts¹ im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern
2000q1=100



Anmerkung: Polen: 2002 Bruch in der Zeitreihe.

AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien,
FI = Finnland, FR = Frankreich, EL = Griechenland, IE = Irland,
IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal,
UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts erfolgte für alle Länder in Landeswährung. Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.09.2015).



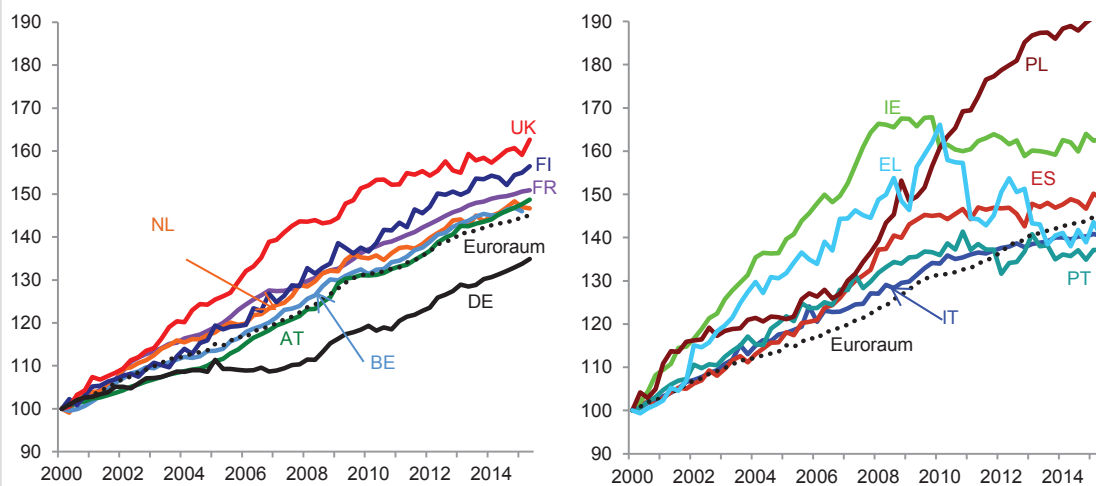
stieg von jährlich rund 1 % pro Beschäftigten und der Zielinflationsrate der EZB von knapp 2 % sollten die gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen bei knapp 3 % liegen. Gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen in dieser Größenordnung wären so im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB.

Hätte sich eine solche makroökonomisch orientierte Lohnpolitik seit Beginn des Euroraumes durchgesetzt, dann wäre das nominelle Lohnniveau pro Kopf allein schon bis 2011 um rund 19 % höher ausgefallen (bis 2014 wären es rund 21 % gewesen). Die dadurch induzierten Preissteigerungen hätten zwar einen Teil der Nominallohnsteigerungen real nicht wirksam werden lassen. Dennoch hätten die Reallöhne im Modell um jährlich fast eineinhalb Prozent zugelegt, erheblich mehr als der tatsächliche Anstieg von gerade einmal einem halben Prozentpunkt pro Jahr. Die Binnenkonjunktur wäre erheblich besser verlaufen und hätte die Effekte geringerer Exportsteigerungen ausgeglichen.

Hier interessieren insbesondere die Auswirkungen höherer Löhne sowie der damit einhergehenden höheren Binnennachfrage und der geringeren Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf den Außenhandel: Nach den Modellanalysen des IMK wären die unterstellten höheren Löhne und damit auch gestiegenen Lohnstückkosten im Rahmen einer „pricing to market“-Strategie deutscher Unternehmen nur teilweise in den Exportpreisen weitergegeben worden. Letztere hätten nach 13 Jahren um knapp 5 % über ihrem Niveau im Basisszenario gelegen. Die daraus folgende – vergleichsweise – geringere Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hätte dazu geführt, dass die realen Exporte etwas weniger stark zugenommen hätten. So wäre die Steigerung der realen Exporte nach 13 Jahren um knapp 6 % niedriger ausgefallen. Sie hätten sich dann allerdings immer noch innerhalb von 13 Jahren in etwa verdoppelt. Bei den Importen hätte die bessere binnenwirtschaftliche Entwicklung die leicht negativen Wirkungen der niedrigeren Exportsteigerungen auf die Einfuhr überkompensiert. Sie wären um zusätzlich knapp 2 % gestiegen. Der nominale Außenbeitrag, die mit Abstand wichtigste Komponente des Leistungsbilanzsaldos, wäre nach 13 Jahren um rund 55 Mrd. Euro niedriger ausgefallen; der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Jahr 2011 wäre so um ein Drittel reduziert worden. Von dieser Entwicklung hätten aufgrund der engen Handelsverflechtung maßgeblich die Länder im Euroraum profitiert.

Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte¹ in der Gesamtwirtschaft im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern

2000q1=100



Anmerkung: Polen: 2002 Bruch in der Zeitreihe.

AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, EL = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Arbeitnehmerentgelte je Stunde. Nominal, saison- und arbeitstäglich bereinigt. In Landeswährung.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 01.10.2015).



Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) setzt sich in seinem Jahresgutachten 2014/2015 mit den Determinanten von Leistungsbilanzgleichgewichten auseinander. Dabei macht er auf drei wesentliche realwirtschaftliche Einflussfaktoren für die gestiegenen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse aufmerksam: „Erstens auf deutliche Umsatzzuwächse der deutschen Exportunternehmen infolge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs, zweitens auf eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und drittens auf den dämpfenden Einfluss der moderaten Lohnentwicklung auf die Konsumnachfrage“ (SVR 2014, S.217).

Im weiteren Verlauf der Analyse versäumt es der SVR allerdings, die Bedeutung der Lohnentwicklung für die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit herauszuarbeiten. Stattdessen wird auf eine Arbeit von Gadatsch et al. (2014) verwiesen.⁸ Darin versuchen die Autoren zu belegen, dass die Arbeitskostensenkungen, die sich als Folge der Hartz-Reformen und der finanzpolitischen Reformen in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts

einstellten, keinen Einfluss auf die Leistungsbilanzsalden hatten. Zwar zeigen auch ihre Simulationen mit einem kalibrierten DSGE-Modell (2-Regionen-Modell für Deutschland und die anderen Euroländer) einen starken Anstieg des realen deutschen Außenbeitrags nach Arbeitskostensenkungen. Dieser wird in ihrem Modell allerdings durch sehr starke Preisänderungen im Außenhandel in seiner Wirkung auf den (nominalen) Leistungsbilanzsaldo kompensiert: Dem realen Anstieg der Exporte steht die Senkung der Exportpreise aufgrund der geringeren Arbeitskosten gegenüber. Gleichzeitig verändern sich reale und nominale Importe kaum.

Ursache für diese Ergebnisse dürften die Modellannahmen sein. Danach ist die heimische private Endnachfrage ein Cobb-Douglas Aggregat von heimisch produzierten und importierten Gütern. Somit ist die Substitutionselastizität genau eins, was impliziert, dass die nominalen Exporte durch Exportpreissenkungen nicht gesteigert werden können. Was die Importe angeht, so ist der Anteil des Wertes der Importe an der heimischen privaten Endnachfrage durch die Cobb-Douglas Annahme immer konstant. Unter diesen Annahmen sind Leistungsbilanzüberschüsse nach Arbeitskostensenkungen in dem Modellrahmen praktisch kaum möglich. Das verwendete Modell eignet sich daher nicht zur Untersuchung dieser Fragestellung, und

⁸ Dieses Arbeitspapier des SVR ist in leicht ergänzter und modifizierter Form auch als Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank (Gadatsch et al. 2015) erschienen.

der Verweis im Jahresgutachten des SVR läuft daher ins Leere.

Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, stellen langanhaltende hohe Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Europäischen Währungsunion ein schwerwiegendes Problem dar, weil Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten in Krisenzeiten in Finanzierungsschwierigkeiten auf den internationalen Kapitalmärkten geraten. Die anschließenden, teilweise von außen erzwungenen Anpassungsprozesse mit fiskalischer Konsolidierung, Lohnstagnation oder sogar Lohnkürzungen sind dann mit gravierenden Wachstumsverlusten verbunden.

Hätte Deutschland schon seit Beginn der Währungsunion eine andere Wirtschaftspolitik verfolgt, die gleichermaßen auf die Stärkung der Binnenkonjunktur und die außenwirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet gewesen wäre, mit jährlichen Lohn-erhöhungen von rund 3 %, dann wären auch die

Krisenländer nicht so stark unter Druck geraten. Europas Wirtschaft hätte insgesamt eine stabilere Entwicklung gezeigt, ohne dass es Deutschland geschadet hätte. Im Gegenteil, die höheren Löhne hätten auch die Binnenkonjunktur und das Bruttoinlandsprodukt positiv beeinflusst und gleichzeitig die massive Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer verhindert. Dass gleichzeitig auch eine expansivere Finanzpolitik mit deutlich höheren öffentlichen Investitionen notwendig gewesen wäre und weiterhin ist, wie zuletzt vom Stab des Internationalen Währungsfonds (IMF) zur Korrektur der hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse angemahnt (IMF Staff 2015), wurde an anderer Stelle vom IMK immer wieder gefordert (zuletzt Horn et al. 2015). Dies wird umso dringlicher, weil mit einer dauerhaften Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Krisenländern, deren Importe wieder zulegen werden. Damit könnten sich wieder Leistungsbilanzdefizite einstellen.

Methodischer Anhang

Was sind Arbeitskosten?

Arbeitskosten sind die Gesamtausgaben der Arbeitgeber für die Beschäftigung der Arbeitnehmer.¹ Die gesamten Arbeitskosten setzen sich aus den folgenden Kostenarten zusammen:

- Arbeitnehmerentgelt (D.1)
- Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung (D.2)
- Sonstige Aufwendungen (D.3)
- Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl (D.4) abzüglich dem Arbeitgeber erstattete Lohn- und Gehaltszahlungen (=Lohnsubventionen) (D.5).

Im Einzelnen beinhalten diese Kostenarten Folgendes: Das **Arbeitnehmerentgelt** (D.1) umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von den Arbeitgebern an Beschäftigte erbracht werden, und zwar als Vergütung für die von den Arbeitnehmern im Berichtszeitraum geleistete Arbeit. Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern (D.11) sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber (D.12). Zu den **Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung** (D.2) zählen z.B. Lehrgänge für die Beschäftigten, Vergütungen für firmenfremdes Ausbildungspersonal, Kosten für Schulungsmaterial sowie Prüfungsgebühren. Unter **sonstige Aufwendungen** (D.3) fallen die Kosten für gestellte Berufskleidung und solche, die den Arbeitgebern im Zusammenhang mit Neueinstellungen entstehen (z.B. Kosten für Stellenanzeigen, Erstattung von Umzugskosten oder von Reisekosten für Vorstellungsgespräche). Unter **Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl** (D.4) wird die Ausgleichsabgabe nach Schwerbehindertenrecht erfasst und unter die **Lohnsubventionen** (D.5) fallen die Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit wie Einstellungszuschüsse, Eingliederungszuschüsse und Lohnzuschüsse zum Kombilohn.

Aus den verschiedenen Kostenarten können weitere Kenngrößen gebildet werden. So unterscheiden die ILO und Eurostat zwischen direkten und indirekten Kosten, was einer Aufteilung der Arbeitskosten in **Bruttolöhne und -gehälter** (D.11) und **Lohnnebenkosten** (= D.12 + D.2 + D.3 + D.4 - D.5) entspricht. Als Bruttolöhne und -gehälter (BLG) bezeichnet man die Löhne und Gehälter der

Arbeitnehmer vor Abzug der Lohnsteuer sowie der Beiträge der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung. Zu den BLG zählen das Entgelt für die geleistete Arbeitszeit, Sonderzahlungen (wie z.B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen), vermögenswirksame Leistungen, Vergütungen für nicht gearbeitete Tage (wie z.B. Feiertage oder tatsächlich in Anspruch genommene Urlaubstage) sowie Sachleistungen (wie z.B. Mitarbeiterwohnungen, Firmenwagen, Job-Tickets). Die Lohnnebenkosten gliedern sich auf in die

- gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung,
- tarifvertraglich vereinbarten bzw. freiwilligen Aufwendungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung (das ist vor allem die betriebliche Altersvorsorge) sowie
- die sonstigen Lohnnebenkosten (= D.2 + D.3 + D.4 - D.5) wie die Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Abfindungen, Kosten die für Aus- und Weiterbildung sowie für die Neueinstellung von Mitarbeitern, Steuern auf die Lohnsumme bzw. Beschäftigtenzahl abzüglich Lohnsubventionen.

Wie werden die Arbeitskosten ermittelt?

Alle vier Jahre wird in Deutschland eine **Arbeitskostenerhebung** (AKE) durchgeführt, deren Ziel es ist, das Niveau und die Struktur der Kosten des Produktionsfaktors Arbeit zu ermitteln. Im Rahmen der AKE werden von Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten detaillierte Angaben zu allen Bestandteilen der Arbeitskosten sowie zum Arbeitseinsatz (Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze, bezahlte und geleistete Arbeitsstunden) erfragt bzw. auf Basis der erhobenen Informationen berechnet.

Für welche Wirtschaftszweige werden Arbeitskosten im Rahmen der Arbeitskostenerhebung ermittelt?

Im Laufe der Zeit wurde in Deutschland der Kreis der Wirtschaftszweige (sog. Wirtschaftsabschnitte), die in die Arbeitskostenerhebung einbezogen wurden, beständig erweitert. Wurden in der AKE 2000 das Produzierende Gewerbe (WZ 2003, Abschnitte C-F, siehe Tabelle A1) sowie Teile des privaten Dienstleistungssektors (Abschnitte G, H, J) erfasst, werden seit dem Berichtsjahr 2004 der sekundäre und gesamte tertiäre Sektor (Abschnitte C-O) abgedeckt. Die letzte AKE wurde 2008 durchgeführt und war mit der Einführung einer neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, der WZ 2008 (NACE Rev. 2), verbunden. Wirtschaftszweigklassifikation

¹ Die folgenden Erläuterungen sind eine Zusammenfassung der sehr detaillierten Darstellung der Kostenarten in der Publikation des Statistischen Bundesamtes zur Arbeitskostenerhebung 2008 (Statistisches Bundesamt 2010).

Klassifikation der Wirtschaftszweige

nach NACE Rev. 1.1 und NACE Rev. 2

WZ 2003 (NACE Rev. 1.1)		WZ 2008 (NACE Rev. 2)	
Abschnitt	Bezeichnung	Abschnitt	Bezeichnung
A	Land- und Forstwirtschaft	A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
B	Fischerei und Fischzucht		
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe	C	Verarbeitendes Gewerbe
		D	Energieversorgung
E	Energie und Wasserversorgung	E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
F	Baugewerbe	F	Baugewerbe
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
H	Gastgewerbe	I	Gastgewerbe
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	H	Verkehr und Lagerei
		J	Information und Kommunikation
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	K	Einbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
		L	Grundstücks- und Wohnungswesen
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
		N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
M	Erziehung und Unterricht	P	Erziehung und Unterricht
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Q	Gesundheits- und Sozialwesen
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	R	Kunst, Unterhaltung und Erholung
		S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
P	Private Haushalte	T	Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
Q	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008), S. 54f.



nen müssen von Zeit zu Zeit angepasst werden, um dem Strukturwandel in einer Volkswirtschaft Rechnung zu tragen. Da in Deutschland der Dienstleistungssektor immer mehr an Bedeutung gewinnt, während der primäre und der sekundäre Sektor kontinuierlich an Bedeutung einbüßen, ist ein wesentliches Ziel der WZ 2008 die detailliertere Erfassung des Dienstleistungssektors. Deshalb wurde die Anzahl der Wirtschaftsabschnitte von 17 auf 21 erhöht (Tabelle A1) und die Anzahl der Abteilungen vor allem im Dienstleistungssektor deutlich ausgeweitet. Aktuell werden in der AKE die Wirtschaftszweige B bis S erfasst.

Die Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige stellt den Datennutzer vor eine Reihe von Problemen, da sich die WZ 2008 (NACE Rev. 2) deutlich von ihrer Vorgängerklassifikation, der WZ 2003 (NACE Rev. 1.1), unterscheidet. Auf der Ebene der Abschnitte sind Vergleiche mit früheren Veröffentlichungen deshalb nur schwer möglich; nur die Abschnitte C, P und Q sind noch recht gut mit den früheren Abschnitten D, M und N vergleichbar. Das Problem der Vergleichbarkeit wird entschärft, wenn man größere Aggregate wie die Privatwirtschaft oder die privaten Dienstleistungen betrachtet.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Arbeitskostenerhebung und dem Arbeitskostenindex?

Die wichtigste Kennzahl, die auf Basis der AKE berechnet wird, sind die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde.² Für das jeweilige Berichtsjahr der AKE liegen diese Angaben vor. In den drei Jahren bis zur nächsten Erhebung müssen die Arbeitskosten je Stunde geschätzt werden. Dazu werden zunächst die einzelnen Bestandteile der Arbeitskosten und die geleisteten Arbeitsstunden mittels unterjähriger Indikatoren vierteljährlich fortgeschrieben.³ Aus diesen Schätzungen der einzelnen Kostenarten sowie der geleisteten Arbeitsstunden, die für die einzelnen Wirtschaftsbereiche durchgeführt werden, werden dann Vierteljahreswerte für die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen berechnet. Diese Niveauangaben werden anschließend für das Indexbasisjahr auf 100 gesetzt und zu einem Arbeitskostenindex (z.B. für die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft) zusammengewichtet. Der Arbeitskostenindex (AKI) misst vierteljährlich die Entwicklung der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde.⁴

² Unter geleisteten Arbeitsstunden versteht man die tatsächlich geleisteten Stunden, d.h. unter Einschluss geleisteter Überstunden, aber ohne Krankheits-, Urlaubs- oder Feiertage.

³ Für die Fortschreibung der Bruttolöhne und -gehälter werden die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Laufenden Verdiensterhebung (VVE) verwendet, ergänzt um tarifvertraglich vereinbarte Entwicklungen (insbesondere im Dienstleistungsbereich). Die gesetzlichen und freiwilligen Sozialbeiträge der Arbeitgeber werden unter Verwendung der in der VVE erhobenen Bruttolöhne und -gehälter und unter Heranziehung der verschiedenen Beitragssätze zu den Sozialversicherungen fortgeschrieben. Für die Fortschreibung der Angaben zur betrieblichen Altersversorgung werden Daten aus der VGR verwendet. Für die Fortschreibung der geleisteten Stunden werden vierteljährliche Angaben aus der VVE zu den bezahlten Stunden mit Ergebnissen aus der Arbeitszeit- und Arbeitsvolumenrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), aus der vierteljährlich verschiedene Arbeitszeitkomponenten (z.B. Entwicklung von Arbeitszeitkonten) vorliegen, verknüpft (Droßard 2004, S. 907, siehe auch das Destatis-Glossar unter: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Arbeitskostenindex.psm1>).

⁴ Der AKI wird in drei Varianten angeboten: als Indexzeitreihe zum jeweils aktuellen Basisjahr sowie einmal als eine Zeitreihe, die die Veränderung zum Vorquartal bzw. als eine solche, die die Veränderung zum Vorjahresquartal misst.

Wieso haben die ILO, Eurostat und das Statistische Bundesamt in der Vergangenheit unterschiedliche Werte für die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde ausgewiesen?

In den vergangenen Jahren wurden auf europäischer Ebene enorme Anstrengungen unternommen, um einheitliche Standards für die Messung von Arbeitskosten zu entwickeln. Ein wichtiges Etappenziel auf diesem Weg war die Verabschiedung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Arbeitskostenindex.⁵ „Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sind damit rechtlich verpflichtet, seit dem ersten Quartal 2003 vierteljährlich Angaben zum Arbeitskostenindex in vergleichbarer Form zur Verfügung zu stellen. Geregelt werden u.a. Konzeptionen und Definitionen des Arbeitskostenindex, Erfassungsbereich und wirtschaftssystematische Gliederung, Qualitätsstandards sowie Übergangsregelungen bis zum Ende des Jahres 2006. Dieses Regelwerk schafft die Voraussetzungen, um den bisher vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) intern aus unterschiedlichen Quellen berechneten Arbeitskostenindex auf eine gesicherte methodische Grundlage zu stellen und erstmals konsistente Vergleichszahlen vorzulegen.“ (Droßard 2004, S. 904)

Inzwischen liegen nun für alle EU-Mitgliedstaaten Angaben über die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde vor. Allerdings gestaltete sich in der Vergangenheit ein Vergleich der europäischen Länder hinsichtlich ihrer Arbeitskosten schwierig, weil wichtige Institutionen wie das Statistische Bundesamt, Eurostat und die ILO trotz identischer Primärdaten aus der Arbeitskostenerhebung unterschiedliche Angaben über die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde veröffentlichten. Woran lag das?

Die Unterschiede zwischen den Angaben der vorgenannten Institutionen beruhen auf einer unterschiedlichen Behandlung der Bruttolöhne und -gehälter der Auszubildenden (D.112), der Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende (D.123), der geleisteten Stunden der Auszubildenden (B.12) sowie der Lohnsubventionen (D.5) (Günther 2010, S. 871). Die ILO weist die Arbeitskosten nach Abzug der Lohnsubventionen aus und berücksichtigt sowohl bei den Arbeitskosten als auch bei den geleisteten Arbeitsstunden alle Arbeitnehmer, also auch die Auszubildenden. In Deutschland hingegen war es traditionell so, dass bei der Berechnung der Arbeitskosten je Stunde die

⁵ Grundlage für die Erhebung von Daten für den Arbeitskostenindex sind die beiden Verordnungen Nr. 450/2003 sowie Nr. 1216/2003 (Europäisches Parlament und Rat 2003, Europäische Kommission 2003).

Kosten der Auszubildenden berücksichtigt wurden, nicht jedoch die von ihnen geleisteten Arbeitsstunden. Des Weiteren war es in Deutschland üblich, die Arbeitskosten vor und nicht nach Abzug der Lohnsubventionen auszuweisen. Das **Statistische Bundesamt** weist auf diesen Unterschied hin, indem es von Brutto- und Nettoarbeitskosten spricht. Seit der Arbeitskostenerhebung 2008 verwendet das Statistische Bundesamt dieselbe Vorgehensweise wie die ILO und veröffentlicht die Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde unter Einschluss der Auszubildenden sowohl bei den Arbeitskosten als auch bei den geleisteten Stunden.

Eurostat hat seine Vorgehensweise in den vergangenen Jahren geändert. Mit dem Berichtsjahr 2000 werden in der Arbeitskostenerhebung die Ergebnisse für Arbeitnehmer und Auszubildende getrennt voneinander ausgewiesen. Das heißt, dass der Indikator Arbeitskosten je geleistete Stunde entsprechend der Vorgehensweise der ILO anhand der Ergebnisse der AKE berechnet werden kann, dass aber keine solche Zeitreihe von Eurostat veröffentlicht wird. Anders verhält es sich bei den jährlichen Schätzungen der Arbeitskosten je geleistete Stunde. Bei diesen Angaben handelt es sich um die Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde, wobei sowohl bei den Arbeitskosten als auch bei den geleisteten Arbeitsstunden alle Arbeitnehmer (also auch die Auszubildenden) einbezogen werden. Aus diesem Grund sollte es keine Unterschiede zwischen den von Eurostat veröffentlichten jährlichen Schätzungen und den Angaben der ILO zu den Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde geben.

Unterscheidet sich das Arbeitnehmerentgelt aus der Arbeitskostenstatistik von dem aus der VGR?

Grundsätzlich gilt, dass die Kostenkomponenten der AKE definitorisch mit denen der VGR abgestimmt sind, d.h., dass das Arbeitnehmerentgelt in beiden Fällen dasselbe beinhaltet, nämlich die Bruttolöhne und -gehälter und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber.⁶ Gleichwohl können die Angaben aus beiden Statistiken beträchtlich differieren: „Das

⁶ Unterschiede zwischen beiden Statistiken bestehen hinsichtlich der Zuordnung einzelner Bestandteile des Arbeitnehmerentgelts zu den Bruttolöhnen und -gehältern bzw. zu den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. So werden in der Arbeitskostenstatistik die Lohn- und Gehaltsfortzahlung, Zahlungen an aus dem Unternehmen ausscheidende Arbeitnehmer, Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt im Rahmen der Altersteilzeit und Teile der sonstigen freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber nicht den Bruttolöhnen und -gehältern, sondern den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zugeordnet. 2008 machten diese Bestandteile knapp 4 Prozent der Arbeitskosten aus (Statistisches Bundesamt 2010, S. 23).

Ergebnis der Arbeitskostenerhebung 2008 für das Arbeitnehmerentgelt je geleistete Stunde (Arbeitnehmer einschließlich Auszubildende) lag für die Wirtschaftsabschnitte B bis S um ca. 13 % über dem vergleichbaren Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Abstand resultierte vor allem aus dem Ausschluss der Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten aus der Arbeitskostenerhebung. In Kleinstunternehmen ist das Arbeitnehmerentgelt je geleistete Stunde niedriger als im Durchschnitt aller Unternehmen. Auch zählten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Beschäftigte mit, die vorübergehend nicht arbeiteten und keinen Verdienst erhielten, aber einen verbrieften Anspruch auf ihren Arbeitsplatz hatten, z.B. nach Ablauf der Lohnfortzahlung oder im Erziehungsurlaub, bzw. in Arbeitsgelegenheiten nach SGB II tätig waren. Beide Gruppen senkten den Durchschnittsverdienst laut VGR merklich, wurden in der Arbeitskostenerhebung aber nicht mitgezählt.“ (Statistisches Bundesamt 2010, S. 23)

Gibt es einen Unterschied zwischen Arbeitnehmerentgelt und Arbeitskosten?

Die Arbeitskosten sind definiert als Arbeitnehmerentgelt plus sonstige Kosten. Da die sonstigen Kosten in Deutschland eine zu vernachlässigende Größe darstellen, gibt es keinen großen Unterschied zwischen Arbeitnehmerentgelt und Arbeitskosten. Gleichwohl können Angaben für das Arbeitnehmerentgelt je Stunde (VGR) und für die Arbeitskosten je Stunde (Arbeitskostenstatistik) stark voneinander abweichen, da – wie oben gezeigt – die Höhe des jeweils verwendeten Arbeitnehmerentgelts sehr unterschiedlich sein kann.

Warum werden neben den Arbeitskosten auch noch die Lohnstückkosten betrachtet?

Es ist nicht sinnvoll, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ausschließlich anhand des Niveaus der Arbeitskosten zu beurteilen, da neben den Kosten die Arbeitsproduktivität eine entscheidende Rolle spielt. Dies ist so, weil Arbeitskostensteigerungen nicht per se ein Produkt verteuern. Ein gleichzeitiger Anstieg der Produktivität kann die Arbeitskostensteigerungen ausgleichen oder sogar überkompensieren. Bei gesteigerter Produktivität kann mit dem gleichen Arbeitseinsatz mehr produziert werden, weswegen die Kosten pro Stück trotz höherer Arbeitskosten nicht entsprechend steigen. Deshalb ist es in Bezug auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit besser, die Lohnstückkosten

heranzuziehen, in deren Berechnung die Produktivität eingeht.

Es gelten folgende definitorische Zusammenhänge:

$$\text{Arbeitsproduktivität}_{\text{Stundenbasis}} = \frac{\text{reale Bruttowertschöpfung}}{\text{Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen}}$$

wobei das Arbeitsvolumen die tatsächlich geleisteten Stunden umfasst.

Die Lohnstückkosten lassen sich bestimmen als:

$$\begin{aligned} \text{Lohnstückkosten}_{\text{Stundenbasis}} &= \frac{\text{nominales Arbeitnehmerentgelt}}{\text{Arbeitsvolumen der abhängig Beschäftigten}} \\ &= \frac{\text{nominales Arbeitnehmerentgelt}}{\text{Arbeitsvolumen der abhängig Beschäftigten}} \cdot \frac{\text{reale Bruttowertschöpfung}}{\text{Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen}} \end{aligned}$$

Anstatt die Lohnstückkosten pro Stunde zu messen, kann dies auch auf Personenbasis erfolgen. Dann können die Lohnstückkosten als Arbeitnehmerentgelt pro Kopf in Relation zur Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen bestimmt werden. Die Lohnstückkosten nach dem Stundenkonzept entsprechen konzeptionell in etwa den Arbeitskosten je geleistete Stunde in Relation zur Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen (Stundenbasis). Ganz exakt ist diese Entsprechung nicht, da die Arbeitskosten aus Arbeitnehmerentgelt plus sonstige Kosten bestehen. Darüber hinaus können zwischen den Lohnstückkosten nach dem Stundenkonzept und den Arbeitskosten je Stunde deutliche Unterschiede bestehen, weil die Höhe des jeweils verwendeten Arbeitnehmerentgelts (VGR versus Arbeitskostenstatistik) sehr unterschiedlich sein kann.

Alle IMK-Publikationen finden Sie auch online unter:
http://www.boeckler.de/imk_2733.htm

Ca'Zorzi, M. / Schnatz, B. (2007): Explaining and Forecasting Euro Area Exports. Which Competitiveness Indicator Performs Best? ECB Working Paper Series, Nr. 833.

The Competitiveness Research Network (CompNet) (2015): Compendium on the diagnostic toolkit for competitiveness. ECB Occasional Paper Series, Nr. 163.

Di Mauro, F. / Ronchi, M. (2015): Assessing European Competitiveness: the contribution of CompNet research. CompNet Report of the European Central Bank, June.

Droßard, R. (2004): Auf dem Weg zum Europäischen Arbeitskostenindex. In: *Wirtschaft und Statistik* 8/2004, S. 904-909.

Düthmann, A. / Hohlfeld, P. / Horn, G. / Logeay, C. / Rietzler, K. / Zwiener, R. (2006): Arbeitskosten in Deutschland - Bisher überschätzt. Auswertung der neuen Eurostat-Statistik. IMK Report Nr. 11.

EU-Kommission (2003): Verordnung (EG) Nr. 1216/2003 der Kommission vom 7. Juli 2003 zur Durchführung dieser Verordnung.

EU-Kommission (2013): Special topics on the euro area economy: Labour costs pass-through, profits, and rebalancing in vulnerable Member States. In: *Quarterly Report on the Euro Area*, Bd. 12, H. 3, S. 19-25.

EU-Kommission (2014): Macroeconomic imbalances – Germany 2014. *European Economy – Occasional Paper 174*, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Brüssel.

Europäisches Parlament und Rat (2003): Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003.

Gadatsch, N. / Stähler, N. / Weigert, B. (2014): German labor market and fiscal reforms 1999 to 2008: Can they be blamed for intra-Euro Area imbalances? Arbeitspapier des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Nr. 05.

Gadatsch, N. / Stähler, N. / Weigert, B. (2015): German labor market and fiscal reforms 1999 to 2008: Can they be blamed for intra-euro area imbalances? Discussion paper der Deutschen Bundesbank, Nr. 29.

Günther, R. (2010): Arbeitskostenerhebung 2008. In: *Wirtschaft und Statistik* 9/2010, S. 864-873.

Herr, H. / Horn, G. A. (2012): Lohnpolitik heute. IMK Policy Brief, Mai.

Herzog-Stein, A. / Joebges, H. / Stein, U. / Zwiener, R. (2013a): Arbeitskostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Arbeits- und Lohnstückkosten in 2012 und im 1. Halbjahr 2013. IMK Report Nr. 88.

Herzog-Stein, A. / Lindner, F. / Zwiener, R. (2013b): Nur das Angebot zählt? Wie eine einseitige deutsche Wirtschaftspolitik Chancen vergeben hat und Europa schadet. IMK Report 87.

Herzog-Stein, A. / Stein, U. / Zwiener, R. (2014): Deutschlands Lohn- und Arbeitskostenentwicklung wieder zu schwach. Analyse der neuesten, revidierten Eurostat-Daten zur Arbeitskostenentwicklung in der EU für 2013 und das erste Halbjahr 2014. IMK Report Nr. 100, November.

Horn, G. A. / Behringer, J. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Lindner, F. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. (2015): Deutsche Konjunktur trotz globaler Unsicherheit aufwärtsgerichtet – Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2015/2016. IMK-Report Nr. 106, Oktober.

Horn, G. A. / Logeay, C. (2004): Kritik am lohnpolitischen Konzept des SVR. In: *Wirtschaftsdienst*, Bd. 84, H. 4, S. 236-242.

Hubrich, K. / Karlsson, T. (2010): Trade consistency in the context of the Eurosystem projection exercises. An overview. ECB Occasional Paper Series, Nr. 108.

International Monetary Fund (IMF 2013): Rebalancing the Euro Area: Where do we stand and where to go? In: IMF Country Report Nr. 13/232, Euro Area Policies, 2013 Article IV Consultation, S. 21-44.

International Monetary Fund (IMF 2014): World Economic Outlook. Legacies, clouds, uncertainties, October.

International Monetary Fund Staff (IMF Staff 2015): Imbalances and Growth, Update of Staff Sustainability Assessments for G-20 Mutual Assessment Process.

IW (2015): Personalkosten, Im Westen nichts Neues, <http://www.iwkoeln.de/infodienste/iwd>, zuletzt aufgerufen am 5.11.2015.

Ludwig, U. (2013): Arbeitskosteneffekte des Vorleistungsbezugs der deutschen Industrie unter Berücksichtigung der Arbeitszeiten. Eine Untersuchung mit der Input-Output-Methode. Gutachten im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, IMK Study Nr. 34.

Niechoj, T. (2014): Kill or cure? Current accounts within the euro area after the austerity measures. In: Dullien, S. / Hein, E. / Truger, A. (Hrsg.): Makroökonomik, Entwicklung und Wirtschaftspolitik | Macroeconomics, Development and Economic Policies. Marburg: Metropolis, S. 291-303.

OFCE / ECLM / IMK (2014): Defining the right internal exchange rate. In: independent Annual Growth Survey 2015 (iAGS), S. 165-189. Dritter Report, Dezember, Brüssel.

Statistisches Bundesamt (2008): Klassifikation der Wirtschaftszweige – mit Erläuterungen – 2008, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2010): Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich – Ergebnisse für Deutschland – 2008, Fachserie 16, H. 1, Wiesbaden.

U.S. Treasury (2013): Report to congress on international economic and exchange rate policies. Washington, DC, 30. Oktober.

Abgeschlossen am 11. November 2015

Impressum

Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
in der Hans-Böckler-Stiftung,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Telefon 0211 7778-312, Telefax 0211 7778-266
IMK-report@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Andrew Watt

Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

**Hans Böckler
Stiftung** 
Fakten für eine faire Arbeitswelt.